

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, I. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkönditz. Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Lohnbewegungen.

Fürstenwalde. Die Firma G. F. Leich verkürzte die Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden.
Karlsruhe i. B. Die Firma „Künstlerbund“ verkürzte die wöchentliche Arbeitszeit von 53 1/2 auf 50 1/2 Stunden. Die Kupferstecher, Litho- und Kartographen arbeiten 47 1/2 Std. wöchentlich.
Nürnberg. Die Firma Schwager & Steinlein bewilligte für die Steindrucker und das Hilfspersonal 25% Zuschlag für Ueberstunden. Die Firma Klein & Co. bewilligte 3 Steindruckern je 1 Mk. Lohnzulage; zwei weitere Steindrucker erhalten die gleiche Zulage ab 1. Januar 1910.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

In Deutschland:

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann (Lith. u. Strdr.). Angerer (Kupferdr.). Huch & Co. (Chemigr.).
Borsdorf bei Leipzig. Alexander Schumann, Inh. Gräbner (Wachstuchdr.).
Bramsche (Formst. u. Tapetendr.).
Chemnitz. A. Jülich; Köhler & Richter (Chemigr.).
Dresden. Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert (Chem.).
Erfurt. Ohlenrot'sche Buchdruckerei (Chemigr.).
Frankfurt a. M. Heß & Janke (alle Berufe).
Hamburg. Nelles & Co. (Chemigr.).
Kattowitz. Jermulowic & Bergmann in Sosnowice, Russ.-Polen (alle Berufe).
Köln a. Rh. Blechemballagefabrik Peps & Waldthausen (Lith. u. Strdr.).
Köln. Flammersheim & Steinhann (Formst. u. Tapetendr.).

Kötzschenbroda bei Dresden. Robert Mittelbach, Kunstanstalt Globus (alle Berufe).
Langenhagen b. Hannover. Norddeutsche Tapetenfabrik, Inh. Hölscher & Breimer (Tapetendr.).
Leipzig. Mejo & Springer; C. Wittstock (Chemigr.).
Lüneburg. (Tapetendr.).
Stuttgart. Gebr. Rölbe (Chemigr.).
Stuttgart-Cannstadt. Manometerbauanstalt J. C. Eckardt (Steindr.).

Im Ausland:

Belgien. Bruges: La Lithographie Artistique, Desecle De Brouwer Cie. Brüssel: Rissel & Co. (Formst.).
Dänemark. Kopenhagen (Kupferdr.) Bibow: A. Jakobsen - Kopenhagen (Chem.).
Frankreich. Lille und alle nördlichen Bezirke wegen Streik um die 9stündige Arbeitszeit.
Holland. Krommenie: Verwers Metaal drukkerij (Lithogr. und Steindr.).

Oesterreich. Graz. Krakau. Zorza. Lemberg. Prag-Lieben. M. Grab Söhne, Wachs- und Linoleumdrukerei.
Rußland. Grodno: Vor Stellungnahme Erkundigung einzuziehen bei H. Leopold, Steffin, Heinrichstr. 41, II.
Schweden wegen Generalaussperrung und -Streik.
Schweiz, für Chemigraphen wegen Ein- und Durchführung des Tarifs. Basel: Manissadjan & Cie. (alle Berufe).

Tarifamt für Deutschlands Chemigr. und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tariffreuen Anstalten ist nachzutragen die Firma: W. Girardet-Essen/Ruhr. Berlin, 26. Oktober 1909. Georg W. Buxenstein, Prinzipal-Vors. Alb. Hehr, Gehilfen-Vorsitzender.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Friedrich Schiller zum Gedächtnis. Rundschau. Politische Monatsschau. Die Entwicklungsstufen der Gewerkschaftsbewegung. Unseren Frauen mehr Aufklärung. Briefkasten. — **Allgemeines:** Das graphische Gewerbe in Amerika, II. Gautang in Bremen. — **Der Lithograph:** Arbeitsmusterdiebstähle. — **Die photomech. Fächer:** Die Preiskonvention im Chemigraphiegewerbe, V. Tarifamt für Deutschlands Lichtdrucker. Aus den Sektionen: Leipzig (Lichtdr.). — **Die Tapetenbranche:** Das Taxieren der Muster. Aus den Sektionen: Köln, Leipzig-Zweinfurth, Oldesloe. — **Feuilleton:** Eingänge. — **Anzeigen.**

Zum Gedächtnis Friedrich Schillers.

Am 10. November feiern wir die 150. Wiederkehr des Tages, an dem einer der Größten aus dem Reiche des Geistes, Friedrich Schiller, das Licht der Welt erblickte. Ein edler und hochherziger Mensch, erfüllt von heiligem Haß gegen jede Knechtung des Leibes und des Geistes, gegen jede Knechtung des freien Menschentums, so steht der Dichter vor unserem geistigen Auge. Ein mutiger und unerschrockener Mann und Streiter von hohem Oedankenflug und erfüllt von leidenschaftlicher Glut und Begeisterung für alles Hohe, Edle und Schöne, von Widerwillen und Abscheu gegen alles Häßliche und Gemeine, so tritt uns Schiller in seinen Werken entgegen. In ihnen sprach er aus, was ihn erfüllte, unterstützt von seinem gewaltigen, dramatischen Gestaltungsvermögen und in prächtiger, schwungvoller Sprache, begeistert und begeisternd! Und diese seine hinreißende Kraft, die geboren wurde aus seinem edlen und hohen Charakter, bezwang ihm die Herzen des Volkes wie zu seinen Lebzeiten so noch heute. Sie begeisterte vor allem des Volkes Jugend und machte ihn zum beliebtesten deutschen Dichter der klassischen Periode.

Vieles, was uns erfüllt an Erhabenem und Großem, verdanken wir den Worten, die der Dichter durch seine Werke zu uns sprach, die

sich tief eingruben in das Fühlen und Denken des Kindes und die dadurch dem gereiften Menschen zu einem Ansporn und einer Stütze geworden sind. Denn Schiller war der Dichter der Freiheit! Gerade das erhebt und begeistert und bahnt dem Fortschritt eine Gasse. Gerade das sichert daher dem Dichter auch im Herzen der Arbeiter einen dauernden Platz. Und wenn jetzt allerorts und von allen Klassen Schillerfeiern begangen werden, dann werden die Feiern der Arbeiterklasse am höchsten von Schillerschem Geiste erfüllt sein und den Ideen des Dichters am meisten entsprechen. Denn nur in der Arbeiterschaft hat heute der gewaltige Freiheitsdrang, der den Dichter erfüllte, eine wirkliche Freistadt und gleich unerschrockene Kämpfer gefunden.

Schiller wurde am 10. November 1759 in Marburg in Württemberg als Sohn eines württembergischen Chirurgen und Leutnants geboren. In kleinbürgerlichen Verhältnissen wuchs er auf. Seinen ersten Unterricht erhielt er durch den Pfarrer Moser in Lorch; später besuchte er die lateinische Schule in Ludwigsburg. Hier bekam er schon als Knabe Einblick in das höfische Treiben, wie es nach dem Muster des französischen Hofes bei den selbstherrlichen Fürsten der deutschen Kleinstaaten beliebt war, die ja bekanntlich, um Geld für ihr üppige Luderleben und zur Bezahlung ihrer Maitressen zu bekommen, ihre lieben Landeskinder bis aufs Blut aussaugten und die männliche Jugend als Kanonenfutter in das kriegführende Ausland an den Meistbietenden schamlos verschacherten. Schiller sollte die ganze despotische Anmaßung seines lieben Landesvaters bald am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Sein und seiner Eltern Lieblingsgedanke war, Theologie zu studieren und Pfarrer zu werden. Dieser Wunsch mag in dem stillen Pfarrhaus zu Lorch zu keimen begonnen haben. Doch der Wille des Herzogs Karl Eugen, dem nicht zu widersprechen war, prägte den Knaben in die neugegründete Karls-

schule auf dem Schlosse Solitude, die durchaus militärisch organisiert war, wo er zunächst zum Juristen, später zum Arzt ausgebildet werden sollte. 1780 verließ der Einundzwanzigjährige die Schule als Regimentsmedikus mit Hauptmannsrank.

Der allen hohen Regungen und Empfindungen feindliche militärische Drill, die sklavische Unfreiheit auf der Schule und in seiner neuen Stellung lastete schwer auf dem jungen Schiller. Sein innerstes Ich fühlte er gedemütigt, seine Individualität zertreten. Und in dieser Stimmung vollendete er 1781 sein schon auf der Karlschule begonnenes Erstlingswerk, das gewaltige Drama »Die Räuber«, das Anfang 1882 in Mannheim aufgeführt wurde. Wie ein gellender Aufschrei aus einer gequälten Menschenbrust klang die kühne Sprache dieses bürgerlich-anarchistischen Werkes durch die Lande, Widerhall weckend in den Herzen Tausender, die zum Bewußtsein des auf ihnen lastenden Drucks gekommen waren. Der kleinliche Despot verbot seinem renitenten Untertanen kurzerhand, weiter Poetisches zu schreiben. Aber noch nirgends und niemals hat sich der aufstrebende Geist durch das Quaken eines aufgeblasenen Frosches in seinem Höhenfluge lähmen lassen. Für Schiller war das kleinliche Verbot Veranlassung zur Desertion. Am 14. September 1782 entfloh er dem militärischen Zwange und der Willkür seines lieben Landesvaters und fand bei Frau von Wolzogen in Meiningen fürs erste einen Unterschlupf. Dort vollendete er seinen »Fiesco« und das Drama »Kabale und Liebe«, in dem er den in einer Duodez-residenz seiner Zeit herrschenden Geist der Willkür und Gewalt in scharfen, treffenden Strichen geißelte. Nach kurzem Aufenthalt in Mannheim verlebte er den Sommer 1785 in Gohlis bei Leipzig, um im Herbst als Gast zu Christian Gottfried Körner nach Dresden zu gehen, wo er mit Muße an seinem »Don Carlos« arbeitete, den er im Jahre 1787 vollendete. In diesem Werk entwarf er die Grund-

züge eines edelmenschlichen Weltbürgertums und führte vernichtende Streiche gegen die aus der Selbstherrlichkeit des Fürsten und der Unduldsamkeit der Pfaffen geborene politische und religiöse Verfolgungswut.

1788 wurde Schiller durch Vermittlung Goethes mit einer Professur in Jena bedacht. Er pflegte eifrig philosophische und geschichtliche Studien, die in vielen philosophischen Gedichten, ästhetischen und geschichtlichen Prosa-schriften und in einer Reihe von Dramen (Wallenstein-Triologie, Marie Stuart, Jungfrau von Orleans usw.) ihren Niederschlag fanden. 1790 vermählte sich Schiller mit Charlotte von Lengefeld, 1799 übersiedelte er nach Goethes Wohnort Weimar, wo er 1802 geplatzt wurde. Am 9. Mai 1805 schloß der Dichter infolge eines alten Brustleidens im besten Mannesalter und auf der Höhe seines Schaffens, seine Augen zur ewigen Ruhe.

Durch seine freiheitglühenden Jugenddramen war Schiller der Bannerträger des aufstrebenden, nach politischer und sozialer Gleichberechtigung ringenden dritten Standes, des Bürgertums, geworden, daß auf wirtschaftlichem Gebiet stetig steigenden Einfluß gewann, während seine soziale Stellung untergeordnet und seine politische völlig rechtlos war. Schiller gab dem Streben und Drängen des dritten Standes nach Licht und Luft berechnend Ausdruck und dadurch weckte er die Massen zum Handeln und zur Tat. Und auch als er geädelt in Amt und Würden saß, ist er sich selber treu geblieben. In seinem »Wilhelm Tell«, dem letzten großen Werk, das als sein politisches Vermächtnis angesehen werden kann, pulsiert noch derselbe unbezwungene Freiheitsdrang, der seine Jugendwerke durchzieht, nur geläuteter, klarer. Er schwärmt nicht nur platonisch für die Freiheit und gefällt sich nicht in leeren Redensarten über den Kampf gegen Tyrannemacht, sondern er zeigt den Weg, wie die Freiheit zu erringen ist. Nicht der Eigenbrödlerr Tell, sondern das einig Schweizer-volk ist des Dramas Held. Einigkeit macht stark! Das ist der Satz, der im Teildrama wunderbare Verherrlichung findet und durch dessen Beherzigung sich die Schweizer Bauern ihre Freiheit gegen die habsburgischen Knebelungsversuche wahren. »Wir könnten viel, wenn wir zusammenstünden; denn verbunden werden auch die Schwachen mächtig«, sagt der klarsichtige Stauffacher, und Melchthal spricht im Hinblick auf die einmütig zusammenstehenden Tyrannen: »Sie lehren uns, wie wir es machen sollen!« Auch der Rat des alten Attinghausen lautet: »Drum haltet fest zusammen, fest um ewig. Kein Ort der Freiheit sei dem andern fremd! Hochwachten stellet aus auf euren Bergen daß sich der Bund zum Bunde rasch versammle! Seid einig, einig, einig!« Und dann schwören die Eidgenossen auf dem nächtlichen Rütli: »Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Wir wollen frei sein, wie die Väter waren. Eher den Tod als in der Knechtschaft leben.« Und dieser Rütli-schwur zur Einigkeit war für sie die Bürgschaft des Erfolgs.

Das, was Schiller in seiner Zeit dem unterdrückten dritten Stand, dem Bürgertum, zuge-rufen hat, das möge heut der geknechtete vierte Stand, das Proletariat, beherzigen. Seid einig, einig, einig! Nur dann kann den Unterdrückten die Freiheit werden! Dieser Satz wird gelten, so lange es Unterdrückter und Bedrückte, Herren und Knechte gibt. Das ist das Vermächtnis Schillers an die Getretenen und Geknechteten aller Länder und aller Zeiten. Und wenn wir dieses Vermächtnis beherzigen und wahren, dann werden wir das Gedächtnis des Dichters an seinem 150. Geburtstag würdigen. Was er in seinem Satze »Pflicht für jeden« aussprach, das soll in unserem Kampfe für die Befreiung der Menschheit aus den Banden des Kapitals unser aller Leitsatz sein: »Immer strebe zum Ganzen und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an!

Rundschau.

Der Bergarbeiterstreik im Mansfelder Bezirk dauert unverändert fort. Er hat an Umfang noch zugenommen. Mehr als 10000 Mann dürften jetzt im Kampfe stehen, also die Hälfte der ganzen Belegschaft des Reviers. Trotzdem spielt der Generaldirektor Vogelsang nach wie vor den unbeansamten. Das ganze anmaßende und dünkelfhafte Prozentum offenbart sich in seinem Ausspruch gegenüber einer Arbeiterdeputation, er werde Organisierte in der Arbeiterschaft so wenig dulden wie ein Gesangsvereinsdirigent Leute im Chor dulden könne, die falsch singen. Diese und andre aufreizende Provokationen, z. B. die Kündigung der von Streikenden gemieteten Werkwohnungen auf den 1. Dezember mit der brutalen Begründung, sie seien zu diesem Termin anderweitig vermietet, vermochten aber nicht, die Arbeiterschaft zu Unüberlegtheiten zu veranlassen. Die Ruhe im Streikgebiet ist geradezu mustergerillig, trotz — nicht wegen — des herausfordernden Militäraufgebots. Jetzt ist im Streikgebiet sogar ein kommandierender General eingetroffen! Er soll sich allerdings davon überzeugt haben, daß es für das Militär absolut nichts zu tun gibt und die Rückberufung planen. Das ein Militäraufgebot überhaupt erfolgte, werden die Herrschenden noch manchmal bitter bereuen. Die Maschinengewehre vor der Kupferhammerhütte in Hettstedt haben den bisher streng konservativen und reichstreuen Bergknappen die Augen geöffnet über den wahren Charakter ihres Stiefvaterlands. Den Dank dafür werden sie den Herrschenden in einer Weise abstatten, daß es auch diesen wie Schuppen von den Augen fallen soll!

Einen zentralisierten Zwangsarbeitsnachweis beabsichtigt der Bergbauliche Verein für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau einzuführen, dessen Zweck offenbar nichts anderes ist, als Bergarbeiter, die für ihre Kollegen sich nützlich gemacht und sich dadurch den Zorn der Grubenherren zugezogen haben, von den Bergwerken in Zukunft fernzuhalten. Die technische Einrichtung des Arbeitsnachweises soll derart sein, daß außer dem Hauptstift in Essen etwa 15 bis 18 Nebennachweisstellen errichtet werden, unter die die einzelnen Zechen verteilt werden. Der Arbeitsnachweis verlangt von dem Arbeitssuchenden den Nachweis über die ordnungsmäßig erfolgte Kündigung und, wenn er nicht von einem Verbandswerke kommt, den letzten Entlassungsschein und die Legitimation. Die Zeche ist nicht verpflichtet, den ihr zugewiesenen Arbeiter anzunehmen. Lehnt sie ihn ab, so wird der Arbeitsnachweisschein mit einem entsprechenden Vermerke versehen. Das ist der Ersatz der »schwarzen Listen«. Angesichts dieser drohenden brutalen Vergewaltigung durch die Unternehmer haben sich die Vorstände der vorhandenen vier Bergarbeiterverbände zu einem gemeinsamen Vorgehen entschlossen und in einer Eingabe an den Zechenverband gegen diese Absichten protestiert, weil deren Verwirklichung den Bergarbeitern das Recht der Freizügigkeit und die Bestimmung über ihre Arbeitskraft vollständig unterbinden würde. Auch an den Minister für Handel und Gewerbe richteten die Organisationsleitungen eine Eingabe, in welcher sie darauf hinwiesen, daß der Zwangsarbeitsnachweis schädlicher als die schwarzen Listen wirken würde und ernste Konflikte unvermeidlich wären, und darum eine Vermittlung des Ministers zugunsten der Arbeiter im Interesse des wirtschaftlichen Friedens läge. Gleichzeitig wird gebeten, die Bestrebungen auf Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise auch gesetzgeberisch unterstützen zu wollen und die Einführung von Tarifverträgen im Bergbau möglichst zu fördern. Die Antwort des Zechenverbandes war eine schroff ablehnende und die der Regierung steht noch aus. In gemeinsamen Protestversammlungen verlangten inzwischen sämtliche Bergarbeiterorganisationen von dem Zechenverbande den Verzicht auf diese Einrichtung, event. aber nur Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage zu errichten. Von der Regierung wird die Unterstützung dieser Forderungen und die Einführung von Tarifverträgen für den Bergbau auf gesetzlichem Wege gefordert. Falls der Arbeitsnachweis vom Zechenverbande nicht abgeschafft werde, müsse er dazu gezwungen werden. Der Streik von 1905 sei nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben.

Der Kampf in Schweden hat zu einem Vermittlungsversuch des Königs geführt. Er berief am 29. Oktober den Direktor des schwedischen Arbeitgebervereins Sydow und den Präsidenten des Landessekretariats der Gewerkschaften Reichstagsabgeordneten Lindquist zu sich und richtete an sie die dringende Aufforderung, zu versuchen, in den noch bestehenden Arbeitskonflikten sobald wie möglich ein Uebereinkommen zustande zu bringen. Ob dieser Versuch Erfolg haben wird, muß abgewartet werden.

Die organisierten Buchdrucker Amerikas appellieren erneut an die Arbeiterschaft aller Länder, sie in dem Kampfe gegen die Butterick Publishing Company zu unterstützen, da sich die Firma noch immer vollständig unzugänglich zeigt. Der Boykott über die von der organisationsfeindlichen Butterickgesellschaft herausgegebenen Journale »Modenrevue«, »Buttericks Moden der Hauptstädte«, »Buttericks Modenalbum« besteht weiter. Die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen werden dringend ersucht, diese Modenblätter sowie die nach Deutschland in umfangreichem Maß exportierten Papierschnittmuster dieser Gesellschaft nicht zu abonnieren resp. zu kaufen.

Genosse Karl Scharowski, der Sekretär des Hafenarbeiterverbandes, ist am 10. Oktober in Hamburg an einem bösartigen Magenleiden im Alter von 42 Jahren gestorben. Als Sohn armer Eltern lernte er die Not des Lebens schon früh kennen. In seiner Heimatstadt Memel kam er bei einem Segelmacher in die Lehre, ging dann später zur See und landete auf seiner Lebensfahrt im Hamburger Hafen, wo er als Hafenarbeiter Beschäftigung fand. 1903 trat er als Verbandssekretär in den Zentralvorstand des Hafenarbeiterverbandes ein, der in ihm eine hochgeschätzte Kraft verlor, während die gesamte Arbeiterbewegung einen tapferen Kämpfer einbüßte.

Die große Arbeitslosigkeit in unserem Beruf veranlaßt manchen Kollegen zu dem Versuch, sich in einem anderen Erwerbszweige sein Brot zu suchen. Wie das Unternehmertum dabei die Notlage der Arbeitslosen auszunutzen versucht, beweist folgender Brief, den ein Kollege, der sich als Reisender betätigen wollte, erhielt: »Im Besitz Ihres Gehörns teile Ihnen mit, daß sie die Stelle erhalten können, wenn sie mit denselben Bedingungen einverstanden sind wie meine andern Reisenden. Dieselben bekommen pro Monat 50 Mk. Gehalt (wir täuschen uns nicht und schreiben daher nochmals in Worten: fünfzig Mark! D. R.), für jeden Werktag 4 Mark Reisespesen und von jedem Auftrag 5 Prozent Provision. Wenn Sie damit einverstanden sind, wäre es am besten, wenn Sie erst einmal nach hier kämen, um alles besprechen zu können. Auf der Rückfahrt können Sie dann in ... schon mit Arbeiten anfangen. Reise vergülte ich aber nicht. ... Hochachtungsvoll (Unterschrift).« Donnerwetter, ein kulantes Angebot: 50 Mark Monatsgehalt, 4 Mk. Spesen werktäglich (Sonntags lebt ein Reisender in fremden Orten wahrscheinlich umsonst!) und noch Prozent! Dieses »Umsatteln« bringt einen Kollegen wirklich aus dem Regen in die Traufe. Und der Unternehmer, der lebenswürdige Menschenfreund, reibt sich schmunzelnd den feisten Bauch und trällert angesichts der Massenarbeitslosigkeit lustig vor sich hin: »Sehn Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein! Ein Jeder aber kann das nicht, es muß verstanden sein.«

Der Arbeitsmarkt im September wird im Oktoberheft des »Reichsarbeitsblattes« wie folgt geschildert: Die bereits im Vormonat gemeldeten Anzeichen einer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit haben sich im Berichtsmonat vielfach verstärkt und in einigen Gewerben zu reger Beschäftigung geführt. Auf dem Ruhrkohlenmarkt machte sich der erhöhte Abbruch seitens der Industrie bemerkbar und trug, wie auch das lebhaftere Geschäft in Hausbrandkohle, zu einer Milderung der ungunstigen Geschäftslage bei. Auf der anderen Seite haben hier sowohl als auch in Oberschlesien die ungunstigen Wasserstandsverhältnisse auf den Absatz ungunstig eingewirkt. In den Braunkohlenrevieren wurde mit wenigen Ausnahmen befriedigend gearbeitet. In der Roheisen-erzeugung, den Walzwerken und den Gießereien machte sich die Besserung ebenfalls mehr oder weniger stark fühlbar. Der Stahlwerksverband erhöhte seinen Versand abermals. Im Maschinenbau liegen die Verhältnisse sehr verschiedenartig. Verbesserungen sind hier anscheinend in bemerkenswertem Umfange noch nicht eingetreten. Die elektrische Industrie war, wie im Vormonat, überwiegend ausreichend beschäftigt. Die verschiedenen Zweige der Textilindustrie waren zum Teil auch im Berichtsmonat ungenügend beschäftigt, so vor allem die Baumwollspinnereien mit Ausnahme der bayrischen. Dagegen hatten die Webereien, die Leinenindustrie, die schlesische Tuchindustrie und die Strumpf- und Wirkwarenindustrie einen etwas lebhafteren Geschäftsgang zu verzeichnen. Im Baugewerbe machten sich in einer Reihe von Städten Abschwächungen bemerkbar. Sehr gut war die Bekleidungsindustrie beschäftigt. Die chemische Industrie hat gegen den Vormonat eine Verbesserung zu verzeichnen. Ebenso hat sich im Buchdruckgewerbe der Beschäftigungsgrad vielfach gehoben. Ungünstig war im allgemeinen die Lage der Tabakindustrie und der Brauereien. — Bei den an das Kaiserl. Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich am 1. Oktober gegen den 1. September eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 41396 Personen (15833 männliche, 25563 weibliche). Sie war beträchtlich höher wie im Vormonat und stand auch in bezug auf die männlichen Personen weit über dem gleichen Monat des Vorjahres. Die Arbeitslosenziffer der berichtenden Fachverbände belief sich Ende Juli auf 2,5, Ende August auf 2,3, Ende September auf 2,1 Proz. gegen 2,7 Prozent in allen drei gleichen Monaten des Vorjahres.

Politische Monatsschau.

Der »Erfolg« des Reichstagenverbandes 1907—1909. Das Zentrum in der Klemme. Die Erschiebung Ferrers. Die Führer der Antisemiten.

Wie eine Erlösung ging es im Jahre 1907 durch die bürgerlichen Kreise und Parteien. Sie hatten doch schon alle Hoffnungen aufgegeben, jemals wieder nennenswerte Resultate gegen die große Arbeiterpartei zu erzielen. Und nun war ihnen ein Streiter erstanden, kühn und gewaltig. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hatte es vermocht, der Arbeiterpartei einen wichtigen Schlag zu versetzen. Jetzt, so jubelte man, geht es fortan mit dieser Partei bergab. Gegen einen so kapitalkräftigen und gewissenlosigen Gegner können die Roten nimmermehr ankämpfen.

Zwar übersah man damals, bei der Reichstagswahl 1907, daß der ganze Erfolg der bürgerlichen Parteien lediglich ein Zuwachs an Mandaten war. Denn für die Sozialdemokratie waren doch noch 250000 Stimmen mehr abgegeben worden, als bei der so glänzenden verlaufenen Wahl von 1903. Doch für die bürgerlichen Parteien kommen Stimmenzahlen so gut wie gar nicht in Betracht. Sie, die ihre Mandate bald mit dieser, bald mit jener Partei gewinnen, rechnen eben nur mit der Zahl der gewählten Abgeordneten.

So haben sie damals Jubelhymnen angestimmt. Straßendemonstrationen sah man in der Wahlnacht in Berlin. Sieges- und Alkoholtrunkene zogen vor das Reichskanzlerpalais und vor das königliche Schloß. Und wenn auch hier ein freudtrunkener Spießier durch einen allzu pflichteifrigen Schutzmännchen grausam verbeult wurde, so störte das die Siegesfreude nur wenig.

Und jetzt? Armer Reichsverband! Armer deutscher Philister! Alles Hurrabrüllen war umsonst. Schlag auf Schlag erhaltet ihr jetzt wieder eure Prügel wie einst. Waren die bisherigen Reichstagsnächtwahlen schon schlecht ausgefallen, die Wahlen der letzten Wochen waren geradezu schallende Ohrfeigen für die verschiedenen ehemaligen und jetzigen Blockparteien.

Da haben wir am 21. Oktober die Landtagswahl in Baden gehabt. Während die Sozialdemokratie im Jahre 1905 50431 Wähler aufwies, stimmten diesmal 80835 Wähler für diese Partei. Das bedeutet einen Zuwachs von 70%. Und die Zahl der Abgeordneten stieg dadurch von 12 auf 20! Im Gegensatz dazu verloren die bürgerlichen Parteien, vor allem das Zentrum, mindestens zusammen 25000 Stimmen und manchen bombensicheren Wahlkreis mußten sie der Sozialdemokratie abtreten.

Und nun in Sachsen! Unter einem neuen Wahlrecht wurde der Kampf geführt. Unter einem Wahlrecht, das nach allen Richtungen ausgeklügelt war, um den verhassten Roten jeden nennenswerten Einfluß unmöglich zu machen. Ein Vierklassenwahlrecht hatte man geschaffen, das auch schon dazu ausersonnen war, für Preußen eventuell als Muster zu dienen. Ob man noch Appetit hat? Von 1 1/4 Million Stimmen erhielt die Sozialdemokratie allein 488420 Stimmen, das ist die größte Zahl von allen Parteien. Die Konservativen, die sonst die große Mehrheit im sächsischen Landtag hatten, kommen mit der Stimmenzahl erst an dritter Stelle. Treffend charakterisiert die »Dresdener Volkszeitung« das Ergebnis dieser Wahl: »Neben den großen Wahlsiegen der Sozialdemokratie ist das wichtigste Kennzeichen des Wahlergebnisses der Zusammenbruch der konservativen Mehrheit im Landtage. Seit Jahrzehnten lastet das agrarisch-konservativ-zünftlerische Regiment schwer auf dem industriellen, kommerziellen Lande Sachsen. Endlich wird dieser Bann einigermaßen gebrochen. Die Partei der Mehrert und Opitz trägt in erster Linie die Kosten dieser Wahl. Anstatt ihrer einseitigen Mehrheitsherrschaft wird nun die neue sozialdemokratische Fraktion als einflußreicher Faktor und unter Umständen als das Zünglein an der parlamentarischen Waage erscheinen.«

Zu diesen bedeutenden Erfolgen gesellt sich würdig die Reichstagsnächtwahl in Koburg. Schon bei der Hauptwahl erzielte der Sozialdemokrat die bei weitem größte Stimmenzahl. Doch blieb den beteiligten bürgerlichen Parteien noch die angenehme Hoffnung, durch Vereinigung ihrer Stimmen den Gegner zur Strecke zu bringen. Aber die Hoffnung war vergeblich. Mit 7060 Stimmen gewann der Sozialdemokrat Zietsch den Sieg über den Nationalliberalen Quark, der nur 6646 Stimmen auf sich vereinigte. Damit war den Nationalliberalen ein Mandat abgenommen, das bisher zu ihren sicheren Besitzständen gerechnet hatte!

Wenn wir noch der Nachwahl zum preußischen Landtag gedenken, so wollen wir an das schwachvolle Vorgehen erinnern, wodurch vier sozialdemokratische Landtagsabgeordnete mit den verlogenen Gründen aus dieser »Volksvertretung« wieder hinausgeworfen worden waren. Weil der Antragsteller für die Ungültigkeitserklärung der vier Berliner Mandate bei der Aufstellung der Berliner Wählerlisten, die unter seiner Leitung erfolgt war, Fehler gemacht haben sollte, deshalb warf man von den zwölf Berliner Abgeordneten vier sozialdemokratische Vertreter hinaus. Auch dieser brutale Schlag ging daneben. Drei der Hinausgeworfenen haben so viel Stimmen auf sich vereinigt und so viel Wahlmänner für sich erzielt, daß ihre Wiederwahl gesichert ist. Nur einer, Adolf Hoffmann, muß sich noch in der Stichwahl mit seinen Gegnern schlagen. In allen vier Kreisen aber ist die Zunahme der Wählerstimmen für die Sozialdemokratie und die Zunahme der sozialdemokratischen Wahlmänner ganz bedeutend.

In Bezug auf Stimmenverluste und Wahlniederlagen bilden sämtliche bürgerlichen Parteien einen großen Block. Das bedeutet, daß sie alle durch das deutsche Volk als gleichschuldig eingeschätzt werden an dem Werk der Steuerbelastung. Und all die Wahlbetrachtungen der Parteizeitungen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, sind neben der schmerzlichen Trauer über die Prügel, die sie empfangen haben, auf den einen Ton gestimmt: Ausschaltung aller gegenseitigen Zwistigkeiten und vereinter Kampf gegen die Sozialdemokratie! Nur in Baden schlossen die liberalen Parteien ein Blockabkommen mit der Sozialdemokratie ab, daß zweifel-

los auch praktische Bedeutung für die direkte parlamentarische Arbeit nach der Stichwahl haben wird. Das Zentrum dürfte dabei allerdings am schlechtesten wegkommen.

Wie sehr die Zentrumsparlei um ihre Wähler fürchtet, kann man täglich in ihrer Presse lesen. Sie ist krampfhaft bemüht, ihr volksfeindliches Treiben bei der Finanzreform zu verschleiern, und folgt dabei Grundsätzen, die früher, bei den Debatten um den Zolltarif, die »Kölnische Volkszeitung« gab: »Wir brauchen unsere scharf ablehnende Stellung gegen die Sozialdemokratie nicht zu betonen, halten es aber für bedenklich, in diesem Kampfe die Eigentumsfrage zu sehr zu betonen. Wenn sich das zuspitzt, kommt es zuletzt zu einem Gegensatz zwischen Reichen und Armen und wer dann, zumal bei dem allgemeinen und gleichen Reichstagswahlrecht, den Kürzeren zieht, brauchen wir nicht näher auszuführen. Das ist die richtige Erkenntnis, daß die Zentrumsparlei die Religion stets zur Verschleiерung der wirtschaftlichen Gegensätze benutzt hat und noch benutzen will. Daß diese Verschleiерung nicht zu Gunsten der zahlreichen Arbeiterwähler geschieht, dürften die Verhandlungen über die Steuerreform auch den katholischen Arbeitern bewiesen haben. Alle Bestrebungen auf Verhinderung jeder Aufklärung sind damit glücklicherweise gehemmt worden. Und wenn hier und da ein Zentrumsagitator allzu böse von Zentrumswählern zerstückt wurde, so mag er wohl heimlich sich nach jenem Lande wünschen, wo man auch heute noch Freigeister zwar nicht verbrennen, aber doch einfach erschießen läßt.«

Spanien, das ist das Idealland unserer religiösen und politischen Reaktionäre. Nur Rußland kann sich würdig diesem Land der Finsterlinge an die Seite stellen. Dort nur noch würde man es wagen, einen Menschen zu morden, der nichts anderes getan hat als für die wissenschaftliche Aufklärung seiner Mitmenschen zu wirken. Der Meuchelmord an Ferrer, die Erschießung ohne ordentliche Gerichtsverhandlung, wird ewig ein Schandfleck für Spanien bleiben. So erklärt sich auch der gewaltige Protest der gesamten Kulturwelt gegen diese feige Tat. Verständlich ist aber auch die ablehnende Haltung unserer reaktionären Parteien.

Nächst der Zentrumsparlei, die ihre geheime Sehnsucht nach Scheitern haften nur schlecht verborgen kann, ist es vor allem die konservative Partei, die ganz offen gegen die gewaltige Protestbewegung auftritt.

Wie sollte es auch anders sein? Eine Partei, die rückständig genug ist, für die Prügelstrafe einzutreten, deren Macht und Einfluß nur durch den skrupellosesten Terrorismus denkbar ist, deren agrarische Anhänger die Landarbeiter wie Sklaven behandeln, die sie häufig genug wie ein Stück Vieh niederschleusen, eine so zusammengesetzte Partei fühlt sich mit den Henkersknechten Rußlands und Spaniens aufs engste verbunden. Nur gut, daß sich der grenzenlose Egoismus dieser Gesellschaft auch wieder an ihnen selber rächt. Das haben uns die Wahlen der letzten Zeit deutlich bewiesen.

Solchen Leuten stellt sich würdig zur Seite der Triolen-Schack und der Herausgeber der »Wahrheit«, Bruhn, mit seinem Redakteur Daßel. Sowie Ehrenmänner auf einmal könnte auch eine stärkere Partei, als es die antisemitische ist, kaum verwinden. Wie ein Pesthauch geht es von Anbeginn von dieser sogenannten Partei aus. Ein Ahlward, ein Pückler sind würdige Vorläufer der neuesten Helden.

In der Tat, die Sozialdemokratie hat doch mit ihren Gegnern ein Schweineglück! G. A.

Die Entwicklungsstufen der Gewerkschaftsbewegung.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung ist eine Folgeerscheinung der kapitalistischen Entwicklung der Industrie. Die großen Wandlungen im kapitalistischen Wirtschaftsleben spiegeln sich auch im Umfang, im Inhalt, in den Formen der Gewerkschaftsbewegung wieder.

In den letzten Jahrzehnten des achtzehnten und ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts ist die kapitalistische Fabrik entstanden. Ihre Entwicklung war begleitet von heftigen, unerbitterlichen Konkurrenzkämpfen unter den Unternehmern. Jeder Unternehmer suchte seine Konkurrenten dadurch niederzuringen, daß er immer neue, immer verbesserte Maschinen in seine Fabrik einstellte, um auf diese Weise seine Produktionskosten herabzusetzen und durch Preisunterbietungen seine Gegner im Konkurrenzkampf zu besiegen und womöglich zu vernichten. Die Preise der Industrieprodukte fielen von Jahr zu Jahr. In jedem Jahre erlagen viele Unternehmer der rücksichtslosen Konkurrenz. In einer Epoche so heftiger Konkurrenzkämpfe betrachtete naürlich jeder Unternehmer seinen Konkurrenten als seinen Todfeind. Darum war damals die Fähigkeit und Neigung der Unternehmer, Kartelle zur Erhöhung der Warenpreise und Unternehmerverbände zur Senkung der Arbeitslöhne zu gründen, sehr gering.

Trotzdem aber die Unternehmer nicht organisiert waren, war gerade diese Epoche ein Zeitalter der furchtbarsten Ausbeutung, der niedrigsten Löhne, der längsten Arbeitszeit. Die schnelle Einführung der Maschinen vertrieb Tausende von Arbeitern aus ihren Arbeitsstellen. Die alten ländlichen Hausindustrien erlagen der Konkurrenz der Fabriken;

Tausende von Bauernsöhnen und Landarbeitern fanden nun auf dem Lande keine Nahrung mehr, sie wanderten in die Industrieorte und drängten sich vor den Fabrikstoren, hier Arbeit zu suchen. Die Handwerksmeister konnten den Kampf gegen die kapitalistische Industrie nicht bestehen; die zugrunde gerichteten Meister vermehrten die Zahl der Arbeitslosen. Die Maschine machte es den Unternehmern möglich, die gelehrten Arbeiter durch ungelernete zu ersetzen; die Männer wurden entlassen, Frauen und Kinder im zartesten Alter an die Maschinen gestellt. Eine ungeheure Armee von Arbeitslosen stand den Unternehmern zur Verfügung. Die Arbeiter in den Fabriken mußten sich die furchtbarsten Mißhandlungen, die mörderische Verlängerung der Arbeitszeit, fortwährende Lohnherabsetzungen gefallen lassen — draußen vor den Fabrikstoren drängte sich ja die wilde, hungerige Masse der Arbeitslosen, die bereit war, ihre Arbeitskraft um jeden Bissen Brot zu verkaufen.

In diese Zeit fallen die ersten bedeutungsvollen Anfänge der Gewerkschaftsbewegung. Wohl verweigerte die Gesetzgebung den Arbeitern das Recht, Kampfvereine zu gründen und Lohnkämpfe zu führen; die Gründung von Gewerkschaften, die Führung von Streiks wurden mit harten Freiheitsstrafen bedroht. Aber das Elend sprengte die Fesseln des Gesetzes. In geheimen Zusammenkünften, Verschwörern gleich, gründeten die Arbeiter jener Zeit die ersten Gewerkschaften. Es waren noch nicht Reichs- oder auch nur Landesverbände, sondern lokale Vereine. Die Zahl ihrer Mitglieder war gering, die Beiträge niedrig, die Sammlung eines Kriegsschatzes unmöglich. Der Kampf gegen das Spitzelwesen und die polizeilichen Verfolgungen füllte das Leben dieser ersten Gewerkschaften aus. Aber wenn die Ausbeutung unerträglich geworden war, dann gelang es den wenig organisierten Arbeitern doch, die Massen der Unorganisierten mitzureißen zum Kampfe. Es waren wilde, erbitterte Kämpfe, diese ersten Streiks. Die Staatsgewalt behandelte die kämpfenden Arbeiter als Aufrührer und Hochverräter; und die verzweifelten erbitterten, hungernden Proletarier antworteten nicht selten mit blutigen Gewalttaten. Aber in diesen Kämpfen hat sich die Gewerkschaftsbewegung doch ihr Recht zum Dasein erstritten. Die Koalitionsverbote fielen. Die Gesetzgebung mußte den Arbeitern das Recht zugestehen, sich zu organisieren, Lohnkämpfe vorzubereiten und zu führen.

Nun begann die zweite Periode in der Entwicklung der Gewerkschaften. Größere Massen lernten Zweck und Nutzen der Organisation verstehen. An die Stelle der lokalen Vereine traten allmählich große Reichsverbände, an die Stelle der beruflichen Abgrenzung die Vereinigung der Arbeiter ganzer großer Industriezweige in einer einzigen, machtvollen Organisation. Die Beiträge wurden erhöht, das Unterstützungswesen ausgebaut, große Fonds für den Kriegsfall gesammelt. Die Lohnkämpfe trugen nicht mehr den Charakter wilder Verzweiflungsausbrüche; sie wurden planmäßig vorbereitet, ihre Taktik besonnen und nüchtern erwogen. Gewaltige Erfolge wurden auf diese Weise errungen. Die Arbeitslöhne stiegen, die Arbeitszeit wurde verkürzt, die Unternehmer mußten die Vertrauensmänner der Gewerkschaft als die berufenen Vertreter der organisierten Arbeiterschaft anerkennen und sich zum Abschluß mehrjähriger Kollektivverträge bequemen. Die Alleinherrschaft des Unternehmers in der Fabrik schien gebrochen. Wie im Staate neben den Landesfürsten die Volksvertretung, so waren in der Fabrik neben dem Unternehmer die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft getreten. Bürgerliche Sozialpolitiker glaubten in der »konstitutionellen Fabrik« die soziale Frage gelöst; sie hofften, die Arbeiterschaft werde den Klassenkampf um die Eroberung der Staatsgewalt aufgeben, da sie ja durch den Ausbau der Gewerkschaften sich auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft einen wachsenden Anteil an den Früchten der wirtschaftlichen Entwicklung sichern könne.

Indessen aber bereitete sich schon eine dritte Entwicklungsphase vor. Die Unternehmer waren von der schnellen Entwicklung der Gewerkschaften überrascht worden; unorganisierte Unternehmer waren den organisierten Arbeitern gegenübergestanden. Nun begannen sich auch die Unternehmer zum Kampfe gegen die Arbeiter zu organisieren. Diese Entwicklung wurde erleichtert und beschleunigt durch die Vereinigungen immer größerer und immer zahlreicherer Betriebe in den großen kapitalistischen Unternehmungen, durch die Abhängigkeit zahlreicher industrieller Unternehmungen von einer großen Bank. Hatten früher die Konkurrenzkämpfe innerhalb der Unternehmerschaft die Vereinigung ihrer Kräfte gegen die Arbeiter erschwert, so war diese Vereinigung jetzt desto leichter möglich, je enger die Aktiengesellschaften, die Preisverabredungen und Kartelle, die Verknüpfung der Industrie mit den Banken die einzelnen Betriebe miteinander verflochten. Der Ausbau der Unternehmerverbände zum Kampfe gegen die Arbeiter ging mit der Entwicklung der Kartelle zur Ausbeutung der Konsumenten Hand in Hand.

Die Unternehmerverbände erscheinen den organisierten Arbeitern zunächst als ein Fortschritt und sind es häufig auch. Es ist gewiß leichter, mit einer Unternehmerorganisation zu verhandeln, mit ihr einen Tarifvertrag zu schließen, als mit vielen einzelnen nichtorganisierten Unternehmern. Auch der Zusammenhang der Unternehmerverbände mit Preiskartellen kann zuweilen den gewerkschaftlichen

Kampf erleichtern. Die Unternehmer entschließen sich oft leichter, eine Lohnerhöhung zuzugestehen, wenn ihnen ein festgefügtes Kartell die Möglichkeit sichert, durch Erhöhung des Preises ihrer Waren die Kosten der Lohnerhöhung auf die Konsumenten abzuwälzen.

Je mehr aber die Unternehmerverbände erstarren, desto mehr werden sie zu gefährlichen Gegnern der Gewerkschaften. Der nichtorganisierte Unternehmer macht den Arbeitern Zugeständnisse, wenn der Stillstand seines Betriebes infolge des Streiks ihm mehr kostet als die Erfüllung der Forderungen der Arbeiter; die Unternehmerverbände aber geben dem einzelnen vom Streik betroffenen Kapitalisten eine Entschädigung aus ihrer Kasse, sie machen aus jedem Kampf eine Macht- und Prinzipienfrage, sie eifern den einzelnen Unternehmer an, keine Zugeständnisse zu machen, damit er »Herr im eigenen Haus« bleibe und damit die »Begierlichkeit« der Arbeiter nicht durch ihre Erfolge gesteigert werde. Endlich beantworten die Unternehmerverbände den Streik in einem einzelnen Betrieb mit einer Aussperrung der Arbeiter aller anderen Betriebe des Ortes oder Industriezweiges; jedes vereinzelte Scharmützel führt so zu einer großen Entscheidungsschlacht. Oft führen die Unternehmerverbände in Zeiten schlechten Geschäftsganges absichtlich solche Kämpfe herbei, um die finanziellen Kräfte der Gewerkschaften zu schwächen. Große Geldmittel widmen die Unternehmerverbände dem Zweck, aus den willensschwachen Elementen der Arbeiterschaft besondere Streikbrecherorganisationen, die sogenannten »gelben Gewerkschaften« zu bilden, welche ihren kämpfenden Klassengenossen verriäterisch in den Rücken fallen. Durch alle diese Kampfmittel der Unternehmerverbände wird der Klassenkampf verschärft. Die Arbeiterschaft muß alle ihre Kräfte zusammenfassen, sie muß jede Zersplitterung ihrer Organisation vermeiden, sie muß ihre Gewerkschaften finanziell stärken, jeden Lohnkampf sorgfältig vorbereiten und nur im günstigsten Zeitpunkt beginnen, bei jeder Forderung in der einzelnen Werkstätte auf die wirtschaftliche Lage der ganzen Industrie Rücksicht nehmen, wenn sie sich der Unternehmerverbände erwehren will. Von dem sozialen Frieden, den die bürgerlichen Sozialpolitiker bereits kommen sahen, sind wir weiter entfernt als je.

Der Kampf greift notwendig auch auf das politische Kampffeld über. Die Arbeiter verlangen vom Staat Schutz gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung durch das organisierte Unternehmertum. Aber auch die organisierten Unternehmerverbände fordern vom Staat die Förderung ihrer Interessen; und wie die Kartelle verlangen, daß der Staat durch ein ganzes System der Zölle, Eisenbahntarife, Subventionen und Steuerprivilegien ihnen die Konsumenten wehrlos ausliefern, so fordern die Unternehmerverbände, daß derselbe Staat auch durch die Einschränkung des Koalitionsrechtes die Gewerkschaften erzwinge und die schrankenlose Alleinherrschaft der Unternehmer in den Fabriken wieder herstelle. Ein Heer von Zeitungsschreibern steht im Dienste der Unternehmerverbände und sucht durch schamlose Verläumdungen die öffentliche Meinung für einen Vernichtungsfeldzug gegen die Gewerkschaften zu gewinnen; desto eifriger und opferwilliger wirken die Arbeiter für die Verbreitung und den Ausbau der Arbeiterpresse. Die Kassen aller bürgerlichen Parteien empfangen von den Unternehmerverbänden Zuschüsse und überall leisten die Unternehmerorganisationen den bürgerlichen Parteien Wahlhilfe; so werden allmählich alle bürgerlichen Verbände für die Forderungen der Unternehmerverbände, für den tückischen Plan gegen das Koalitionsrecht gewonnen. Desto deutlicher aber erkennen die Arbeiter, daß nur eine starke Vertretung der Arbeiterschaft im Parlamente das Gelingen des Planes zu verhindern vermag.

So treten einander Unternehmer und Arbeiter in immer gewaltigeren Organisationen gegenüber. Das Wirtschaftsleben und die Entwicklung des Staates werden von den großen Kämpfen beherrscht, in denen die Unternehmerklasse und die Arbeiterklasse ihre Kräfte messen. In einer solchen Zeit ist es jedes Arbeiters Pflicht, treu zu seiner Klasse, zu seiner wirtschaftlichen und politischen Organisation zu stehen.

»Oesterreichischer Metallarbeiter«.

Unsere Frauen mehr Aufklärung!

Immer mehr und mehr rückt in den Zeiten wirtschaftlicher Krise, wo die Ausplünderung der besitzlosen Masse bis ins Schamlose betrieben wird, die Frauenfrage in den Vordergrund. In die Fabrik, zur Arbeit hat das Kapital die Frau getrieben und heimtückisch und hinterlistig hat es sich den alien Zustand zu nutze gemacht, wo die Frau noch nicht für den direkten Gelderwerb tätig war, wo sie noch im Haushalt aufgehen konnte, wo ihr das politische Treiben in der Welt kein Interesse abgewinnen konnte und sie infolgedessen auch für das ganze öffentliche Leben rechtlos war. Dieser Zustand ist bis auf unsre heutige Zeit verblieben und macht unsere Frauen oft zu einem schweren Hemmnis im Klassenkampfe. Dieses Hemmnis zu beseitigen oder abzuschwächen und die Frauen zu Mitkämpferinnen zu erziehen sollte eine der Hauptaufgaben des gesamten Proletariats sein. Längst schon

sind die Zeiten vorüber, in denen Schillers Worte über das Wirken der Frau Geltung hatten:

»Und drinnen waltet
Die züchtige Hausfrau,
Die Mutter der Kinder
Und herrschet weise
Im häuslichen Kreise.«

Mit dem weisen Herrschen im häuslichen Kreise mag es wohl auch heute noch in mancher Hinsicht seine Richtigkeit haben. Denn es muß wohl manchmal ein sehr weises Herrschen dazu gehören, um mit dem oft spärlichen Wochenverdienst des Mannes fünf bis sechs oder gar noch mehr hungrige Mäuler satt zu füttern und außerdem noch für alles andre, was in der Wirtschaft nötig ist, aufzukommen. Aber die Zeilen »Und drinnen waltet die züchtige Hausfrau« klingen in der heutigen Zeit wie ein Hohn, denn für die moderne Arbeiterfrau bedeutet das so schön beschriebene »Walten« nur ein Abheften, ein Abjagen nach zehn- und mehrstündiger Arbeitszeit im Dienste des Kapitals. Man sieht also, wie sich die Zeiten namentlich im Punkte der Frauenfrage vollständig geändert haben, weshalb diese Frage mehr denn je in unsrer Zeit erörtert zu werden verdient.

Doch nicht allein die erwerbstätigen Frauen, sondern auch die, welche nicht gezwungen sind, ihren Unterhalt oder einige Zusatzeinkünfte zu dem Wochenverdienst des Mannes außerhalb des Hauses zu verdienen, haben ungemüßlich schwer unter den Steuerraubzügen der Regierung zu leiden. Betrachtet man diese Frage vom ökonomischen Standpunkte, so muß man unzweifelhaft zu dem Schlusse kommen, daß die Politik die Frauen zum mindesten genau so viel angeht, als die Männer. Eine Genossin meinte auf einer kürzlich abgehaltenen sozialdemokratischen Konferenz sehr zutreffend, daß die Frau als »Finanzminister« der Familie genau so viel Interesse an der Politik haben müsse als der Mann. Und dies ist auch ohne weiteres richtig. Das Einkommen des Arbeiters ist in der Regel so minimal, daß er gezwungen ist, seinen ganzen Wochenverdienst der Frau als Wirtschaftsgeld zu übergeben. In den bessergestellten Familien der Bourgeoisie ist es allerdings insofern anders, als dort der Mann der Frau ein nach Art der Lebenshaltung angemessenes Wirtschaftsgeld überweist, im übrigen aber die »Finanzgeschäfte« der Familie selbst führt. Beim Eintreten einer Lebensmittellieferung kann nun der Bessergestellte das Wirtschaftsgeld seiner Frau entsprechend erhöhen, während der Arbeiter dazu in den meisten Fällen nicht in der Lage ist, da er von Lohnzulagen meist »verschont« bleibt. Die Frau des Arbeiters wird aber gezwungen sein, den Mehrbetrag der indirekten Steuern, der Lebensmittellieferung am eignen Leibe und an der Lebenshaltung der Familie abzudarben.

Hierbei können wir die Wahrnehmung machen, daß von der Staat die besten Anschauungsstafeln zu dem Unterricht gibt, welchen wir unsern Frauen in politischer Aufklärung unter allen Umständen zu teil werden lassen müssen. An der Hand unzähliger Beispiele können wir unseren Frauen zeigen, wie wichtig es ist, sich politisch zu betätigen. Und geradezu töricht handeln die Männer, welche ihre Frauen von jeder politischen Betätigung fern zu halten versuchen. Die Auswucherungspolitik liefert uns ja gerade in jetziger Zeit das schönste Agitationsmaterial, um unter unsern Frauen für moderne Ideen Propaganda zu machen.

Die politisch unaufgeklärte Arbeiterfrau wird jetzt infolge der Lebensmittellieferung in folgenderweise kalkulieren: Zündhölzer, Kaffee, Tee, Bier, alles dies ist teurer geworden, der Lohn meines Mannes ist aber derselbe geblieben. Folglich muß ich jetzt an allen Ecken und Enden noch mehr sparen als bisher. Sie bewegt hierauf ihren Mann, aus der politischen Organisation auszutreten, bestellt die Arbeiterzeitung ab, verweigert ihm schließlich den Hausschlüssel und reduziert sein Taschengeld, um ihm den Versammlungsbesuch zu erschweren. Auch die Verbandsbeiträge erscheinen ihr zu hoch, kurz, sie sagt: »Bei den teuren Zeiten darf kein Geld unnötig ausgegeben werden.« Diese Frau glaubt sehr klug zu handeln und doch tut sie das Dummste, was sie in diesem Falle tun könnte. Sie entwindet durch ihre unkluge Denkungsweise und Taktik ihrem Mann die Waffen, die er unbedingt braucht, um sich gegen diese Lebensmittellieferung zu wehren, sie nimmt ihm die Gelegenheit, sich mit seinen und logischerweise auch ihren Leidensgenossen zum gemeinsamen Kampfe gegen das Ausbeutertum zu verbinden, kurz sie erleichtert unsern Gegnern das langsame Abschlagen der besitzlosen Masse.

Die Kalkulation der politisch aufgeklärten Arbeiterfrau wird sich natürlich ganz anders gestalten. Da sie ohne weiteres annimmt, daß die schlechten Zeiten nicht von selbst gekommen sind, wird sie nach ihrem Grunde forschen. Letzteren wird sie sofort in den neuen Steuern finden. Wer hat nun diese neuen Steuern gemacht, wird sie sich fragen. Der Reichstag! Ja, und weshalb? Weil seine Mehrheit aus Geldsacksvertretern besteht, die alle Steuern auf die Besitzlosen abwälzen und die Besitzenden dagegen entweder ganz entlasten oder nur zu einem Teil heranziehen wollen, der im Verhältnis zu ihrem Vermögen für sie fast nichts bedeutet. Ja, weshalb wählt man denn solche Vertreter und noch dazu in solcher Mehrheit in den Reichstag, die unsere Interessen nicht wahrnehmen? Weil eine große Anzahl von Besitzlosen so unklug ist, nicht einzusehen,

daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die die Interessen der Arbeiterschaft ehrlich vertritt.

Um nun dahin zu wirken, daß eine sozialdemokratische Mehrheit in den Reichstag einzieht, wird die aufgeklärte Arbeiterfrau nicht wie ihre politisch unaufgeklärte Schwester ihren Mann von allen politischen Geschäften fernhalten, sondern sie wird ihn im Gegenteil anfeuern, energisch einzutreten für die Sache der Arbeiterschaft. Unter ihren Mitschwesteren wird sie rege agitieren, wird Propaganda für ihre Ideen machen und dadurch die Zahl der politisch Unaufgeklärten vermindern. Als Beispiel kann sie gerade die jetzt einsetzende Lebensmittellieferung vor Augen führen und darauf hinweisen, daß diese eine Folge der neuen indirekten Steuern ist, und daß letztere niemals Gesetz geworden wären, wenn der Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit besessen hätte.

Die ungeheure Last der indirekten Steuern, die die Besitzlosen schon zu zahlen haben, wird sie dadurch klar zu machen versuchen, daß sie hervorhebt, wie wir bei jeder Mark, die wir für Brot ausgeben, 34 Pf. indirekte Steuern zahlen usw. Eine ganze Anzahl derartiger Beispiele wird die kluge Arbeiterfrau zur Hand haben, durch das Studium der Arbeiterpresse, durch ihre Frauenzeitung, die Gleichheit, durch Aufklärung, die sie über politische Dinge von ihrem Mann oder in Versammlungen erhält und durch ihr eigenes, zur Selbständigkeit erwachtes Denken.

Doch auch der politisch kluge aufgeklärte Arbeiter muß alles tun, um seine Frau zum klassenbewußten Mitspieler im Kampfe gegen die Auspowierung der besitzlosen Masse zu machen. Er soll sich des Abends über diese und jene politischen Vorgänge mit ihr unterhalten, soll ihr belehrende Artikel aus der Arbeiterpresse vorlesen, politische Versammlungen mit ihr besuchen, ihr die hohen Ziele der Arbeiterbewegung vor Augen führen und dadurch mitwirken und mithelfen, die soziale Lage der Arbeiterschaft zu verbessern.

Arthur Künzel.

Briefkasten der Redaktion.

W. K., M. Warum unterlassen Sie bei Ihren Einsendungen die Angabe einer Adresse? Hätten Sie diese mitgeteilt, würde ich schon die vor einigen Wochen eingegangene Karte beantwortet haben. — J. M. D., S. Zurückbereten! Gruß. — Wegen Raum-mangel mußte das Feuilleton »Reisebriefe aus Amerika« zurückgestellt werden.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Das graphische Gewerbe in Amerika.

II.

Für uns kommt in den Vereinigten Staaten nicht nur eine, sondern eine ganze Reihe von Organisationen in Betracht. Die Mehrzahl der nordamerikanischen Arbeiter hält noch immer an der Branchenorganisation fest. Die verschiedenen Kongresse der Federation of Labor legen zwar Zeugnis davon ab, daß der Gedanke der Industrieverbände auch drüben immer mehr Anhänger findet, aber einstweilen sind die Gewerkschaften, die ziemlich konservativ sind und sehr am Althergebrachten hängen, noch für Branchenorganisationen. Dies erklärt das Vielgestaltige und Unübersichtliche der amerikanischen Verbände. Mitunter sind nämlich auch noch die Branchen, wenn es sich um Spezialarbeiten handelt, gespalten und nach dieser Spezialarbeit in verschiedenen Verbänden organisiert.

Diese Erscheinung finden wir z. B. gerade auch bei unseren Kollegen. Es ist nicht nur der Lithograph gesondert vom Steindruckler organisiert, es sind auch verschiedene Lithographen-Organisationen vorhanden. Eigentümlich berührt dabei, daß in Amerika nicht der Lithograph Lithograph genannt wird, sondern daß sich die Steindruckler Lithographen nennen. Der Lithograph ist der Engraver oder der Artist. Im nachstehenden wollen wir von dieser Eigentümlichkeit absehen und die verschiedenen Branchen so bezeichnen, wie wir es gewöhnt sind.

Die Organisation der Steindruckler, die »Lithographers International Protective Beneficial Association« ist eine Zentralorganisation, die alle Sparten der Steindruckler umfaßt. Sonderbarerweise nimmt sie in der Stadt New-York auch Merkantillithographen auf, obgleich diese mit den Chromolithographen zusammen einen besonderen Zentralverband, die »International Union of Lithographic Workmen« haben. Die

Steindrucker-Zentrale hat ihren Sitz in New-York, der Sitz der Lithographen-Organisation ist in Chicago. Daneben haben aber die *Plakat-Lithographen* noch einen eigenen Zentralverband, die »*Poster Artists' Union*«, mit dem Sitz in Erie. Daß die *Chemigraphen* für sich organisiert sind, und zwar in der »*Photo Engravers Union*«, mit dem Sitz in New-York, bedarf nach alledem keiner Frage. Ebenso die *Kupferdrucker*. *Lichtdrucker* gibt es nur wenige in Amerika. In New-York sollen etwa fünfzig sein, eine gleich große Zahl soll sich über die verschiedenen Druckorte verteilen. Organisiert sind sie nur vereinzelt. Ueber die Organisationsverhältnisse in der *Tapetenbranche* konnten wir nichts näheres erfahren, eine Organisation soll aber bestehen. Eine besondere Organisation haben auch die *Steindruckerei-Hilfsarbeiter* in der »*International Protective Association of Lithographie Apprentices and Press Feeders*«. Dem einen oder anderen wird auffallen, daß sich die Verbände »*International*« nennen. Es soll damit aber lediglich gesagt sein, daß sie auch *Canada* in den Bereich ihrer Organisationsarbeit einbezogen haben. In den Vereinigten Staaten ist der Unterschied zwischen den »*Nationalen*« und den »*Internationalen*« Organisationen, daß erstere über die Landesgrenzen nicht hinausgehen, währenddem die *Internationalen Canada*, zum Teil auch *Mexico* mit bearbeiten. Weiter reicht ihre Internationalität nicht.

Leider kann nicht gesagt werden, daß die verschiedenen Organisationen Hand in Hand arbeiten. Im Gegenteil, es fehlt recht sehr an der notwendigen Fühlung. Selbst bei dem großen Streik vom Jahre 1906 haben die verschiedenen Verbände auf eigene Faust gearbeitet, die Plakatlithographen streikten gar nicht mit, die Steindrucker gingen, ohne sich mit den Lithographen verständigt zu haben, zunächst allein und ganz selbständig vor.

Wie fremd sich die Verbände auch heute noch gegenüberstehen, geht daraus hervor, daß ein Lithograph, der früher bei den Steindruckern organisiert war, Eintrittsgeld bezahlen muß, wenn er zum Lithographenverband übertritt. Ebenso ist es umgekehrt. Genau so geht es einem Plakatlithographen. Noch schlimmer ist aber, wenn ein Lithograph in den Verband der Plakatlithographen übertreten will, er muß dann erst noch einmal eine vierjährige Lehrzeit als Plakalarbeiter durchmachen, ehe ihn diese Organisation aufnimmt. Dieses Verhalten befremdet ganz besonders. Bei der enormen Entwicklung des amerikanischen Reklamewesens hat ohne Zweifel die Plakatlithographie eine große Zukunft. Es wäre gar nicht recht verständlich, daß sich diese Leute so abschließen, wenn das nicht ein Zug wäre, der durch die amerikanischen Gewerkschaften im allgemeinen geht. Natürlich fehlt auch bei den Lithographen die Begleiterscheinung der Branchenorganisation nicht, daß Streitigkeiten über die Zuständigkeit entstehen, d. h. daß die eine Gruppe Schwierigkeiten macht und Einspruch erhebt, wenn sie merkt, daß ein Mitglied der anderen Gruppe eine Arbeit macht, von der sie glaubt, daß sie zu ihrem Tätigkeitsbereich gehört. An verschiedenen Orten haben wir Klagen darüber gehört, daß die Plakatlithographen mit solchem Einspruch rasch bei der Hand seien.

Ohne Einfluß ist der Streik allerdings nicht geblieben. Seine Lehren waren zu deutlich und zu nachdrücklich. Namentlich die Lithographen sind sehr geneigt, sich mit den Steindruckern zu verschmelzen. Es ist das deutsche Muster, das ihnen vorschwebt, nur war ihnen unsere Organisationsform, im besonderen die Rechte der einzelnen Branchen innerhalb der gemeinsamen Organisation, nicht recht klar. Wir glauben sagen zu können, daß unsere Darlegungen nach beiden Seiten hin ihre Wirkungen nicht verfehlten und daß sich die amerikanischen Kollegen auf dem Wege zur gemeinsamen Organisation befinden.

Vor dem Streik waren die Organisationen sehr stark und einflußreich. Die Steindrucker

sagen, sie seien zu 95 Proz. organisiert gewesen. In New-York, dem Hauptdruckort, in dem ca. die Hälfte der Lithographen und Steindrucker der Vereinigten Staaten beschäftigt ist, waren vor dem Streik 1100 Mitglieder im Verbands der Steindrucker, nach dem Streik war die Zahl zusammengeschmolzen auf 150. Jetzt soll die Mitgliedschaft wieder auf 900 angewachsen sein, sie hätte sich demnach von dem Schlag wieder ziemlich gut erholt. In anderen Städten ist das Verhältnis noch immer schlecht, in *Buffalo* sind von 120 beschäftigten Druckern 70 organisiert, in *Chicago* von 240 nur 120, in *Toronto* 65 von 100. Besonders hart hat aber der Streik die »*International Union of Lithographie Workmen*«, den Lithographenverband, mitgenommen. Sie hatte früher 1000, jetzt nur 300 Mitglieder. In verschiedenen Druckorten, z. B. in *Buffalo*, *St. Louis*, *Toronto* ist die Organisation völlig vernichtet worden, und die Lithographen haben sich durch Unterschrift verpflichtet, fünf Jahre lang keiner Organisation anzugehören. Es ist zu verstehen, daß nach einem Streik von einjähriger Dauer, bei dem die Organisation völlig versagte, sich die Arbeiter eine solche Unterschrift abpressen lassen. Unbegreiflich ist aber, daß sie sich wirklich durch diese Unterschrift gebunden fühlen. Einem Unternehmertum gegenüber, das schamlos genug ist, solche Erpresserstücke auszuüben, ist jedes Mittel recht. Eine solche Unterschrift hat keinen Wert. Leider kommt die Organisation jetzt aber nicht recht vorwärts, auch finanziell nicht. Das liegt daran, daß während des Streiks, als die Mittel zu Ende gingen, Bons ausgegeben wurden, die 5 Dollar kosteten, aber gegen 6 Dollar eingelöst werden. Die Organisation verpflichtete sich, die Bons zu irgend einer Zeit einzulösen. Jetzt werden sie präsentiert, oder die Mitglieder bezahlen damit ihre Beiträge. Anstatt daß der Kampffonds gestärkt wird, werden noch immer Streikschulden bezahlt. Die in Arbeit stehenden Lithographen zahlten während des Streikes eine Streiksteuer von 25—30 Proz. des Verdienstes, die Steindrucker 6—9 Dollar pro Woche, aber diese gewiß erheblichen Extrabeiträge hatten bei weitem nicht ausgereicht, die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Daß eine unglückliche Bewegung ausreichte, die Organisationen so auseinander zu sprengen, liegt sicher auch daran, daß die Verbände das Unterstützungswesen so wenig ausgebaut haben. Gerade in Amerika, wo die gesetzliche Arbeiterversicherung fehlt, läge doch der Gedanke nahe, Unterstützungen in den Gewerkschaften einzuführen, zumal sich diese anderwärts so vorzüglich als Kitt bewährt haben. Aber das überläßt man den verschiedenen Logen. Für den Fremden ist geradezu auffällig, daß die Amerikaner, sei es als Kravattennadel, sei es als Knopf, allerlei Abzeichen tragen. Es sind dies die Zeichen der massenhaft existierenden Unterstützungsvereine. Auch kollegiale Vereinigungen dieser Art gibt es, so hat New-York und auch Chicago seine *Senefeldervereinigung*. Dabei ist merkwürdig, daß in diesen Vereinen die Branchentrennung nicht vorhanden ist. Lithograph und Drucker arbeiten ganz einträchtig zusammen. Sollte sich das in den Gewerkschaften nicht machen lassen? In Chicago wird für diesen Unterstützungsverein ein Beitrag von monatlich 50 Cts. gezahlt. Ergewährt 13Woch. ein Krankengeld von 6 Dollar pro Woche, außerdem ein Sterbegeld von 100 Dollar für das Mitglied und 50 Dollar für die Ehefrauen.

Krankenunterstützung zahlt auch der Verband der Steindrucker in Höhe von 9 Dollar pro Woche auf die Dauer von 13 Wochen. Auch Sterbegeld zahlt er, dessen Höhe sich nach der Dauer der Mitgliedschaft richtet. Der Höchstsatz ist 500 Dollar. Vor dem Streik konnte der Vorstand bei außerordentlichen Fällen auf Antrag auch Arbeitslosenunterstützung gewähren. Jetzt ist diese Einrichtung weggefallen. Natürlich wird auch Streikunterstützung gezahlt.

Gar keine Unterstützung — abgesehen von der Streikunterstützung, die wöchentlich 5 Dollar für Ledige und 10 Dollar für Verheiratete beträgt

— zahlen die Lithographen. Sie sind auch weit mehr aufgerieben worden durch den Streik wie die Drucker.

Der Beitrag ist gleich. Sowohl die Lithographen als auch die Drucker zahlen 1 Dollar pro Monat. Nur in New-York müssen die Steindrucker einen Aufschlag von 50 cts pro Monat zahlen, da sie ein Bureau und einen besoldeten Beamten haben.

Ein Kapitel für sich ist das Eintrittsgeld. Darüber kann nur im Zusammenhang mit der Einwanderungspolitik der Gewerkschaften geschrieben werden, was in einem der späteren Artikel geschehen soll.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Unternehmer sehr gut organisiert sind. Auch die Vertrustung ist schon ziemlich vorgeschritten. Uns wurde gesagt, daß die *Metropolitan Printing Co.* 14 Firmen in den verschiedensten Städten umfaßt, 400 Maschinen sollen in diesen Druckereien laufen.

Keine Frage ist, daß diese Maßnahmen der Unternehmer den Kampf unserer Kollegen erheblich erschweren.

Hauptdruckorte sind vor allen New-York, dann Chicago, Buffalo, St. Louis, Baltimore, Philadelphia, Cincinnati, Milwaukee.

Gautag in Bremen.

Der Gau Hannover-Hamburg-Bremen hielt seinen diesjährigen Gautag am 3. Oktober im Gewerkschaftshause zu Bremen ab. Vertreten waren 21 Zahlstellen durch 32 Delegierte. Vom Hauptvorstand waren der Kollege Lange und der Kollege Schubart, der Vorsitzende der Zentralkommission der Formstecher, anwesend.

Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht des Vorstandes, Kassenbericht, Diskussion;
2. Antrag auf Einführung von Staffelleistungen in unserm Verbands, Referent Ulrich (Hamburg);
3. Unsrer Unternehmerverbände, Referent Bratke (Hannover);
4. Aenderung des Gauregularivs;
5. Verschiedenes.

Ins Bureau wurden gewählt die Kollegen *Mittendorf* (Braunschweig) und *Scharpe* (Bremen) als Vorsitzende und *Schnetter* (Hannover) als Schriftführer.

Der Bericht des Gauvorstandes lag schriftlich vor. Vom Kollegen Ulrich wurden einzelne Teile des Berichts mündlich ergänzt. Hauptsächlich unterzog er die Lohnbewegungen im Gau einer längern Betrachtung, wobei er sehr bemängelte, daß in einzelnen Fällen der Gauvorstand von den Mitgliedschaften wie auch vom Hauptvorstand bei Einleitung der Bewegung übergangen worden ist. Solche Fehler dürften in Zukunft nicht wieder vorkommen! Von besonderer Bedeutung waren die Nachweise Ulrichs, wie das Unternehmertum überall alles daransetzt, uns Verschlechterungen aufzuzwingen. Doch hätte es bis jetzt in diesen Bemühungen noch kein Glück gehabt! Zur Hamburger Konfliktssache erklärte er, daß die dortigen Kollegen in der Zukunft lieber ohne Tarif arbeiten wollten, als solchem schamlosen Ansinnen der Unternehmer stattzugeben.

In der Diskussion wurde dem Gauvorstande empfohlen, die einzelnen Mitgliedschaften zu einer strengeren Beachtung des Gaureglements anzuhalten. Der Hauptvorstand müsse, wenn ihm von Mitgliedschaften Mitteilungen über den Ausbruch von Differenzen zuzuging, voraussetzen, daß solche Nachrichten auch dem Gauvorstande zugegangen seien. Kritisiert wurde auch die Unvollständigkeit der dem schriftlichen Gauvorstands-Berichte beigegebenen Statistik über die Organisationsverhältnisse, den Mitgliederbestand und die Arbeitslosigkeit im Gau. Nach den Erklärungen Ulrichs wurden diese Mängel durch die Saumseligkeit verschiedener Mitgliedschaften, die ihre Fragebogen nicht oder zu spät abliefern, verschuldet. Nach Prüfung des Kassenberichts wurde dem Gauvorstande Entlastung erteilt.

Zum Antrag auf Einführung von Staffelleistungen hatte Kollege Ulrich folgendes vorzutragen: Die Schwierigkeiten in der Agitation während der letzten Jahre hätten den Gauvorstand veranlaßt, sich mit dieser Materie zu befassen. Besonders die Mißerfolge in der Agitation unter den Photographen seien dazu ein Anlaß gewesen. Die Photographen seien nun jetzt angeschlossen, wir hätten daher die Pflicht, alles zu versuchen, sie zu organisieren. Es habe sich herausgestellt, daß in keinem gelernten Berufe so schlechte Löhne gezahlt würden wie in der Photographie. Seien doch in dieser Branche Monatslöhne von 50, 60 Mk. usw. keine Seltenheit. Auch grassiere das Überstundenwesen ungeheuer. Entschädigung werde aber fast nirgends dafür gezahlt. Die Dresdner Konferenz habe einmal eine besondere Gelegenheit geboten, diese Kollegen aufzurütteln. Aber hier habe es sich gleich so richtig gezeigt, welche Schwierigkeiten die Agitation unter diesen Leuten biete. Trotz der größten Bemühungen seien zum Beispiel in Hamburg nur ganze 3 Mann in einer anberaumten Versammlung erschienen,

woraus zu ersehen sei, daß diese Arbeiter absolut kein Verständnis für die Organisation hätten. Auch bei den Tapetendruckern seien die größten Bemühungen, sie zu organisieren, fast umsonst gewesen. Auch diese Leute verdienten noch Löhne, die zu den heutigen Lebensmittelpreisen in gar keinem Verhältnis stünden. Mit den gegenwärtigen Beiträgen zu unserer Organisation habe man aber ganz und gar kein Glück, diese wirtschaftlich so sehr schlecht gestellten Arbeiterkategorien für die Organisation zu gewinnen. Ein Erfolg wäre hier nur dann zu erzielen, wenn wir für diese Kollegen einen niederen Beitrag einführen. Ueber 60 Pf. dürfte dieser nicht betragen. Er hoffe stark, daß sich auch eine Mehrheit für eine solche Staffeldung finde!

In der Diskussion wurde der Antrag auf Einführung von Staffeldrucken teils unterstützt, teils aber auch sehr scharf bekämpft. Von den Gegnern wurde besonders auf die Konsequenzen hingewiesen, die die Annahme eines solchen Antrages nach sich ziehe. Werde ein niedriger Beitrag im Verbands eingeführt, so könnte dieser nicht bloß für die Tapetendrucker und Photographen Geltung haben, er müßte für alle Berufsgruppen freigestellt werden. Würden Ausnahmen gemacht, dann trüge man den Zwiespalt in die Organisation hinein. Aus dem Unfrieden und den vielen Stänkereien kämen wir dann nicht wieder heraus. Daß die Photographen so schwer für die Organisation zu gewinnen sind, sei in der Art dieses Berufes begründet. Die Verhältnisse würden sich hier sobald nicht ändern. Auch mit niederen Beiträgen sei da nicht viel zu erhoffen. Niedrige Löhne seien nicht nur bei den Photographen und den Tapetendruckern anzutreffen, die gäbe es auch bei den Lithographen und Steindruckern. Und von diesen Kollegen verlange man heute auch den hohen Beitrag, und sie zahlten ihn auch! Der Grund, warum sich die Photographen und die Tapetendruckers so schwer organisieren lassen, sei also nicht allein in dem zu hohen Beitrag zu suchen. Weiter müsse auch in Betracht gezogen werden, daß mit der Zulassung eines niederen Beitrages unsere ganzen jetzigen Unterstützungseinrichtungen in ihrer Lebensfähigkeit gefährdet würden. Die Verwaltungskosten wüchsen mit dieser Staffeldung der Beiträge ganz gewaltig! Die Kassnarbeiten in Zahlstellen von über 400 Mitgliedern könnten dann nicht mehr im Nebenamt geleistet werden. Müßte doch ohnehin schon an eine Sanierung unserer Unterstützungskassen gedacht werden, denn diese schnitten bei den jetzigen Beiträgen so schlecht ab, daß Zuschüsse aus der Gewerkschaftskasse geleistet werden müßten. Und wenn man sich wirklich auf die Einführung eines Staffeldrucks einlassen wollte, so sei schon aus gewerkschaftlichen und aus kassentechnischen Gründen eine schematische Halbierung der Beiträge und der dafür zu leistenden Unterstützungen nicht angängig. Der Beitrag für die Gewerkschaftskasse dürfe unter keinen Umständen für irgend eine Berufsgruppe unseres Verbandes gekürzt werden. Halbiere man nun den auf die Unterstützungskassen entfallenden Beitrag, so ergäbe sich, daß wir unter 80 Pf. gar nicht erheben könnten. Dazu kämen dann immer noch die Extrasteuern. Ob mit einem Staffeldruck von 80-90 Pf. die Photographen und die Tapetendruckers eher zur Organisation herangezogen werden könnten, daß sei dann doch zu bezweifeln! Wer für den vollen Beitrag nicht zu haben sei, der sei auch mit dem Staffeldruck von 80-90 Pf. nicht zu holen, zumal da es für diesen Beitrag von den meisten Unterstützungen auch nur die Hälfte gäbe. Weiter wurde noch angeführt, daß auch in den andern Verbänden, wo man Staffeldrücke eingeführt habe, dieses ganze System Schiffbruch gelitten habe. Man solle sich daher die Erfahrungen dieser Verbände zu nutze machen und jeden Vorschlag, unser System zu ändern, von vornherein abweisen. (Schluß folgt.)

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schuetter, Hannover.

Arbeitsmusterdiebstahl.

Daß der Lithograph zu seinem Fortkommen sehr nötig Abdrücke von seinen Arbeiten braucht, kann von keinem Kenner unsers Berufslebens abgestritten werden. In unserem Artikel über *„Die Arbeitsmuster des Lithographen“* in Nummer 21 der Graphischen Presse von diesem Jahrgange haben wir schon all die Gründe vorgeführt, weshalb der Lithograph solche Abdrücke haben muß.

Steht doch schon das eine fest, daß der Lithograph nirgends Stellung erhält, wenn er sich nicht durch Vorlegen von Arbeitsmustern über den Stand seiner Leistungsfähigkeit ausweisen kann. Wer das bezweifelt, kann sich von der Richtigkeit des Gesagten sofort überzeugen, wenn er eine beliebige Nummer eines graphischen Offertenblattes zur Hand nimmt und die darin befindlichen Stellenangebote durchsieht. Fast in jedem einzelnen Lithographengedruck wird die Einsendung von Mustern ausdrück-

lich verlangt. Wo dies Verlangen nicht besonders betont ist, wird es als selbstverständlich vorausgesetzt.

Man sollte nun meinen, daß sich der Unternehmer, der solches Verlangen an den Lithographen stellt, vor allen Dingen verpflichtet fühlen müßte, dem Lithographen auch immer Abdrücke von seinen Arbeiten anstandslos zu überlassen. Die Forderung, Arbeitsmuster beim Stellenbewerb vorzulegen, kann doch nur dann vom Lithographen erfüllt werden, wenn er solche von den Unternehmern stets bereitwillig ausgeliefert erhält. Das Nachkommen jener Forderung hat die Erfüllung dieser Pflicht zur Voraussetzung!

Leider mangelt es aber heute vielen Unternehmern an dieser Erkenntnis. Früher wohl war es allerwärts eine selbstverständliche Obliegenheit, daß der Lithograph von all seinen Arbeiten, Abdrücke zu erhalten hat. Heute aber will man an vielen Stellen diese moralische Verpflichtung nicht mehr anerkennen. Dem Lithographen wird es infolgedessen oft recht schwer gemacht, zu seinem Rechte zu gelangen. Man hat sogar in den letzten Jahren schon einige Kollegen, die sich gemäß dieses üblichen Brauches Abdrücke von ihren Arbeiten hinhinnehmen, ohne erst in jedem einzelnen Falle die ausdrückliche Erlaubnis des Unternehmers einzuholen, wegen Diebstahls angeklagt. Um solchen Widerwärtigkeiten in der Zukunft vorzubeugen und die Anerkennung der alten Rechte der Lithographen wieder überall durchzuführen, hat der Vorstand unserer Organisation beim Schutzverband um eine Verständigung in dieser Sache nachgesucht.

Wie das Steindruckgewerbe unlängst mitteilte, hätten sich der Vorstand und der Ausschuß des Schutzverbandes eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Man sei von der Erwägung ausgegangen, daß kein Grund vorläge, den Gehilfen das Fortkommen zu erschweren, wenn von der andern Seite die Rechte des Arbeitgebers sowie die Interessen des Betriebes vollständig gewahrt blieben. Auf folgender Grundlage wollte man ein Abkommen herbeiführen:

1. Die Gehilfen erhalten auf Wunsch Abdrücke von eigenen selbstgefertigten Arbeiten, die für die Beurteilung ihrer Leistungsfähigkeit als maßgebend erachtet werden, sobald solche vorhanden und entbehrlich sind. Diese Muster haben den Stempel der Firma, bei der sie hergestellt wurden, den Namen des Gehilfen und die Jahreszahl der Anfertigung zu tragen.

2. Vorstehende Bestimmung greift insoweit Platz, als nicht im einzelnen Falle das geschäftliche Interesse verletzt wird, sowohl hinsichtlich der Bestimmungen des Urheberrechtes als auch hinsichtlich der Wahrung der Betriebsgeheimnisse. Die Entscheidung darüber steht lediglich dem Betriebsinhaber zu.

Wir halten es als selbstverständlich, daß unser Vorstand diese vom Schutzverband vorgeschlagene „Regelung“ der Druckmusterfrage nicht genehmigen wird. Denn dessen ist er sich wohl bewußt: ließe er sich auf diese Vorschläge ein, er fände nicht die Zustimmung der nächsten Lithographenkonferenz oder der Generalversammlung! Eine Regelung, wie sie hier der Schutzverband erstrebt, bedeutet geradezu die Auslieferung all unsrer Rechte an die Unternehmer. Der gegenwärtige Zustand würde dadurch für uns nicht gebessert, sondern noch arg verschlechtert werden. Es hinge dann tatsächlich nur von der Gnade und dem guten Willen der Unternehmer ab, ob der Lithograph einen Abzug von seiner Arbeit erhält oder nicht. Die Entscheidung darüber soll ja lediglich dem Betriebsinhaber zustehen, ob die Arbeit, von der der Lithograph einen Abzug wünscht, für seine Leistungsfähigkeit als maßgebend erachtet werden kann, und ob ein Abdruck davon vorhanden und auch entbehrlich ist. Weiter soll es lediglich von seiner Erwägung abhängen, ob das geschäftliche Interesse auch die Auslieferung eines solchen Abdruckes zuließe, ob durch die Auslieferung die Bestimmungen des Urheberrechtes gewahrt und die Betriebsgeheimnisse gesichert blieben. Und schließlich sollen die Gehilfen nur von einigen Arbeiten Abdrücke erhalten.

Was für Ausflüchte könnte der Unternehmer nach solchem Verträge nicht alles gebrauchen, wenn er aus irgend welchem Grunde einem Kollegen keine Arbeitsmuster zukommen lassen wollte. Wer jemand schlagen will, findet immer einen Knüttel! Gründe sind ja so wohlfeil wie Brombeeren, und wir müssen sie dem Unternehmer glauben, da ihm lediglich die Entscheidung zusteht. Und gerichtlich wäre auch gegen solche Unternehmerwillkür nicht mehr anzufechten, da sich die Kollegen durch Annahme dieses Vertrages aller Rechte begeben hätten!

Auch die Kennzeichnung der Musterdrucke durch die Vorschrift der Stempelung und der sonstigen

Vermerke ist nur zum Nutzen der Unternehmer gedacht. Wir möchten den Kollegen nicht raten, auf solche scheinbaren Aeufferlichkeiten einzugehen! Wir haben in dem eingangs erwähnten Artikel schon darauf hingewiesen, zu welchen Unzuträglichkeiten solche Maßnahme, allgemein zum Gesetze erhoben, notwendigerweise führen muß. Zudem läßt sich auch noch sehr befürchten, daß der Schutzverband diese Maßnahme einmal zu gewissen dunklen Machenschaften ausnutzen könnte.

Wenn der Schutzverband die Musterfrage nur auf diese Weise geregelt wissen will, dann lassen wir lieber die Finger davon. Dann soll es lieber beim gegenwärtigen Zustande bleiben, denn bei diesem genießen wir immer noch mehr Rechte! Wir können kein Interesse daran haben, unser Berufsleben in solche Polizeiparagrafen zu zwingen, wie sie der Schutzverband vorschlägt. Greifen wir dann lieber zur Selbsthilfe; diese ist ja auch immer die beste Hilfe! Zwar haben schon einzelne Gewerbeberichte den Lithographen kein unbedingtes Recht auf Ueberlassung von Musterdrucken zugesprochen. Diese Urteile konnten von jenen Gerichten aber nur aus Unkenntnis unsrer Berufsverhältnisse gefällt werden. Gehen wir in Zukunft bei solchen Klagefällen sachgemäßer vor, so wird sich, dessen sind wir sicher, auch die Spruchpraxis zu unsern Gunsten ändern. Zum Beweise dafür diene nur, daß unlängst das Gewerbegericht in Würzburg ein Urteil gefällt hat, das unserm Recht auf Ueberlassung von Musterdrucken schon sehr weit entgegenkommt. Ein Lithograph, der, weil er Abdrücke von seinen Arbeiten an sich genommen hatte, wegen Diebstahl angeklagt war, wurde von diesem Vergehen freigesprochen, weil nach dem Gutachten eines Sachverständigen ein Usus im Lithographengewerbe vorliege, wonach ein oder zwei Abdrücke mitgenommen werden dürfen.

Begreiflicherweise hat dieses Würzburger Urteil unserm Scharfmacherdokter arges Bauchgrimmen verursacht. Paßt es doch ganz und gar nicht in seinen Streifen, die Kollegenschaft in allen Dingen zu knechten und zu knebeln. Mit vielen Wenn und Aber sucht nun dieser Herr, der als Nichtfachmann von unserm Berufsleben so viel, oder richtiger gesagt, so wenig versteht wie der Esel vom Lautenschlagen, die Haltlosigkeit dieses Urteils nachzuweisen. Erhalten muß dabei natürlich wieder jenes Urteil des Berliner Gewerbegerichts, dessen Irrtümlichkeit wir schon in unserm Artikel über: *„Die Arbeitsmuster des Lithographen“* nachgewiesen haben. Bekanntlich hat das Berliner Gewerbegericht in einem Urteil in der Musterfrage seine Ansicht dahin kundgegeben, daß der Lithograph beim Stellenbewerb nicht immer Muster vorlegen müßte, sondern daß sehr oft nach dem Inhalte des Zeugnisses gesehen werde. Auch bestünde kein fester Gewerbebrauch, daß dem Lithographen Abdrücke von seinen Arbeiten zur Verfügung gestellt werden. Wenn nun Herr Dr. Wagner meint, dem könne er nur zustimmen, so ist damit aber noch lange nicht gesagt, daß die Ansicht des Berliner Gewerbegerichts auch richtig ist. Jedenfalls ist Herr Dr. Wagner nicht zuständig, in dieser Frage ein Urteil zu fällen, denn als Lithograph hat dieser gute Mann sicher noch nie Stellung gesucht!

Schließlich glaubt dieser Artikel, die Hinfalligkeit des Würzburger Urteils damit noch nachweisen zu können, indem er vorführt, daß dann die Vorstände der beiden Organisationen überhaupt nicht zu Beratungen hätten zusammenzutreten brauchen, wenn ein solcher Usus, wonach der Lithograph Abdrücke von seinen Arbeiten an sich nehmen kann, vorhanden wäre. Demgegenüber brauchen wir nur zu bemerken, daß unser Vorstand die Verhandlungen nicht angebahnt hat, um einen solchen Usus zu schaffen; denn diesen erachten wir als vorhanden, sondern um unnötige Prozesse, woran im Grunde genommen beide Teile kein Interesse haben, in Zukunft unmöglich zu machen. Weil es, wie es das Steindruckgewerbe haben will, ganz ausgeschlossen sein soll, daß Gehilfen gegen den Willen des Arbeitgebers sich Andrucke mitnehmen und sich darauf berufen, es sei dies allgemeiner Usus, darum verlangen wir vom Schutzverband, daß er seine Mitglieder anweise, ihren Arbeitern das freiwillig zu geben, um was sie jetzt oft erst verklagt werden müssen!

Um solchen Urteilen, wie das Berliner, in Zukunft zu entgehen, raten wir unsern Kollegen, sich die Annoncen oder Offertenbriefe, auf die hin sie eine Stelle erworben haben, sorgfältig aufzuheben. Kommt es einmal zu Differenzen wegen der Musterüberlassung, dann können sie nachweisen, daß sie beim Erwerb ihrer Stelle Muster haben vorlegen müssen, mithin ist auch die betreffende Firma verpflichtet ihnen Abdrücke von ihren Arbeiten zu

überlassen. Noch besser tun die Kollegen, wenn sie bei Abschluß eines Engagements sich das Recht auf Musterdrucke direkt ausbedingen.

Unsre Forderung, daß man den Kollegen Abdrücke von ihren Arbeiten stets freiwillig überlasse, wird auch in Unternehmerkreisen, die die Erfordernisse unsrer Tätigkeit richtig zu beurteilen wissen, als vollberechtigt anerkannt. Haben doch auch die „Freien Künste“ unsern Artikel über die Arbeitsmuster des Lithographen als beachtenswert vollinhaltlich nachgedruckt.

Wir haben es nicht nötig, zur Wahrung unsrer Interessen in der Arbeitsmusterfrage, uns unbedingt dem Schutzverbände zu überantworten. Will der Schutzverband diese Angelegenheit nur einseitig zu seinen Gunsten geregelt wissen, dann helfen wir uns eben auf andre Weise! Es gibt für uns noch Mittel und Wege genug, die leidigen Klagen über den Arbeitsmusterdiebstahl zum Schweigen zu bringen.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. Drucker.

Die Preiskonvention im Chemigraphiegewerbe.

V.

In den vorangegangenen Artikeln wurde bis jetzt nicht die Preiskonvention, wohl aber deren Handhabung kritisiert. Der Leser wird gemerkt haben, daß es dem Schreiber nicht auf die Beseitigung der Konvention, sondern auf Beseitigung der entstandenen Auswüchse ankommt. Es läßt sich viel sagen über die Konvention, aber das ist sicher, daß sie befruchtend auf die Qualität in der Chemigraphie gewirkt hat. Der Ruf nach Qualität fand sein Echo in der Preiskonvention, so daß ihr ein Anteil an den Erfolgen der Chemigraphie zugesprochen werden kann.

In dieser Hinsicht hat sie, wie schon vorher ausgeführt wurde, ihren Zweck erfüllt.

Als die Konvention vor 5 Jahren erstand, traf diese von den Unternehmern geschaffene Maßregel im großen und ganzen das Richtige. Die Preisunterscheidung der verschiedenartigen Produkte war ebenfalls den Unterschieden in der Arbeitsart entsprechend, wenigstens in großen Zügen. Es fiel nicht zu schwer ins Gewicht, daß die Ausarbeitung der Konvention eine etwas rohe war, weil es bei der Einführung der Sache in erster Linie nicht so sehr auf die Einzelheiten als darauf ankam, eine Methode zu schaffen.

Jetzt, nach 5 Jahren, nachdem nun Erfahrungen gesammelt sind, kommt einem immer mehr und unwiderstehlich zum Bewußtsein, daß die Konvention doch sehr im Pauschquantum die Herstellungs- und Lieferungsfrage in unserem Gewerbe behandelt. Es geht doch beinahe nach dem Gewicht, etwas anders als Bretzelbacken ist aber die Reproduktionstechnik doch. Mag auch noch so sehr diese graphische Reproduktionsart als chemisch-mechanische Herstellungsweise anzusprechen sein, so ist doch so viel individuelle Arbeit zu leisten und je nach Art des Auftrages und der Originale ist feines Empfinden unerlässlich. Deshalb geht es nicht an, einfach zu dekretieren, so viel kostet der Quadratcentimeter an viereckigen Auto's, sowie an verlaufenden Sachen, die Strichätzungen kosten 3 1/2 Pf. und die Farbätzungen einer gewissen Größe kosten alle einheitlich so und so viel, alles nach Schema F. Es ist möglich, an einem Auftrage von Autotypen mit 7 Pf. pro qcm. (also unter Konvention) sehr viel zu verdienen; es ist aber auch möglich, an Autotypen bei 11 Pf. noch zuzusetzen. Strichätzungen für grobe Reklame, für Rotationsdruck sind doch anders einzuschätzen als feine Merkantilarbeiten. Nichts von alledem kommt in der Konvention zum Ausdruck, alles geht über einen Leisten. Das ist es, was den einzelnen Unternehmer so unliebsam in seiner Aktion behindert, was ihm die Konvention als Ballast ansehen läßt. Er kann wegen der Konvention den verschiedenen oft so anders gearteten Aufträgen nicht Rechnung tragen. Bei der Farben- Autotypie wirkt die Konvention besonders starr. Der hierfür angesetzte Preis mag oft zu niedrig sein, für kleine und für anatomisch treue Nachbildungen, andererseits ist er wieder zu hoch für große Reproduktionen nach minderwertigen Originalen oder für Arbeiten, die mehr einem koloristischen Bedürfnisse zu genügen haben. Vor mir liegt ein Farbendruck nach einem flotten Original. Die Arbeit mißt 560 qcm und kostet also, wenn angenommen wird zu 50 Pf. pro qcm, 280 Mk. Das Original war von günstiger Farbgebung. Dadurch ging die Arbeit flott von statten und ihre Herstellung stellt sich, selbst wenn man außer den Löhnen die Spesen so hoch wie nur möglich annimmt, auf 140 Mk. Mithin 100% Reingewinn! Gerne gebe ich zu, das ist ein Ausnahmefall, der für künstlerische Reproduktionen nicht zu erreichen ist, aber solche Ausnahmefälle gibt es viele, und wenn solche Aufträge, die nur gegeben werden, weil Farbe Trumpf ist, nicht anders, das heißt billiger berechnet werden können, dann gehen sie eben für den Vierfarben-

druck verloren. Der Schaden ist dann größer als wenn die Konvention mehr Spielraum ließe den verschiedenen Gattungen von Aufträgen gegenüber. So gibt es viele Aufträge, bei denen die Starrheit der Konvention ein Hindernis ist, bei denen der Unternehmer Konzessionen machen kann, ohne der Schmutzkonzurrenz zu verfallen. Wenn in dieser Hinsicht etwas geschaffen würde, dann wäre sicher mancher Widerspruch beseitigt.

Wenn jetzt, nachdem die Konvention von ihrer Sendung viele erfüllt, weil sie Verschlechterungen abgewehrt hat und weil man vor der Qualität Respekt haben lernte, der Gedanke Platz greifen würde, daß die Hochkonjunktur der Chemigraphie in starkem Maße mit auf die fortschreitende Qualität unserer Produkte zurückzuführen ist, dann könnte der Kampf gegen die Schmutzkonzurrenz mehr ein moralischer sein. Dann mag im Kunstgewerbe der Chemigraphie die Betrachtung hingelenkt werden vom allgemeinen Herstellungswert mehr auf die individuelle Anschauungsweise gegenüber dem einzelnen Auftrage.

Die Chemigraphie hat sich eine höchst geachtete Stellung bei den für sie in Betracht kommenden Kreisen der Industrie, der Kunst und des Kunsthandwerkes errungen. Der Selbsterhaltungstrieb treibt jetzt die Chemigraphie mehr als vor 5 Jahren zu qualitativen Leistungen, um den hochgespannten Anforderungen, die allerorts gestellt werden, gerecht werden zu können. So viel sollten selbst die Gegner der Preiskonvention unter den Prinzipalen gelernt haben, daß das Bedürfnis nach der Chemigraphie sich vermindert mit Verminderung der Güte unserer Erzeugnisse. Das Verwerfliche und Schädigende der Schmutzkonzurrenz findet seinen Ausdruck dadurch, daß die Kundschaft sich von ihr abwendet. Was eine Schmutzkonzurrenz für Schaden anrichten kann, zeigt sich im Lichtdruckgewerbe. Der Niedergang dieses Gewerbes ohne Konvention vollzog sich in der Zeit unseres Höherstiegens mit Konvention. Was höchste Qualität einem Gewerbe werden kann, zeigt sich in der Künstlerlithographie. Wenn das Gefühl durchdringt, daß der freie Wettbewerb nicht sein kann ein freies Unterbieten, dann kann auch eine Preiskonvention bei den einzelnen Aufträgen mehr Spielraum zulassen.

Man sage nicht, das geht nicht. Das geht jetzt besser als früher! Es ist falsch, wenn gesagt wird, die Produktionskosten seien gestiegen. Trotzdem die Geschäftsmieten teurer, die Löhne höher und die Arbeitszeiten kürzer sind, ist doch die Herstellungsweise im ganzen billiger geworden. Das ist ja gerade der siegende Gedanke des Sozialismus, daß die Verminderung der Arbeitszeit und die Lohn-erhöhung kompensiert wird durch höher steigende Leistungen des Arbeiters. In der Chemigraphie ist fortwährend der Betrieb rationeller geworden. Vom Photographen an, von welchem mehr Negative als Tagesleistung verlangt werden, bis hinunter in jede einzelne Sparte wird mehr als früher verlangt.

Die Farbenphotographie geht andere und vorteilhaftere Wege als früher, die Rohmaterialien sind teilweise billiger, desgleichen die Emulsion. Die Aetzmaschine verbilligt in vielen Fällen den Aetzprozeß. Es ist nicht mehr so viel zu probieren wie früher, weil ein großer Stamm von eingeschulten Leuten vorhanden und arbeitslos ist. Die Arbeitsmühsere treibt den einzelnen zu angespannten Leistungen, um sich die Stellung zu erhalten.

Man sage auch nicht, die chemigraphischen Betriebe arbeiten nur mit ganz geringem Ueberschuß, mit nur 8%. Und selbst wenn dies wäre, dann verdient der Unternehmer nicht wenig, weil doch sein Umsatz gestiegen ist. Ein Geschäftsinhaber mit 250 000 Mk. Umsatz hat darnach 20 000 Mk. Gewinn. Das bedeutet in unsern und wohl auch in andern Augen, eine ganz hübsche Mehrwerttrate. Dabei erfordert die Chemigraphie doch nicht entfremdet die Kapitalien wie z. B. ein Butch- oder Stein-druckereibetrieb.

Diese Verbesserungen und Neuerungen, welche noch weiter angeführt und spezialisiert werden können, sind teilweise in der Zeit der Tarifgemeinschaft entstanden. Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo zu sagen ist, daß die Preiskonvention umgeändert, daß sie revidiert werden muß.

Was vor sechs und vier Jahren gerade noch recht war, ist es in der Chemigraphie jetzt nicht mehr. Die Konvention, sie soll bestehen bleiben, das wurde immer wieder in diesen Artikeln ausgeführt. Von ihrer Berechtigung muß sich jeder überzeugt haben, der Augen hat zu sehen, denn jedes graphische Gewerbe kann nur durch Qualitätsarbeit seiner Bestimmung gerecht werden. Der Arbeitgeber, der das nicht versteht, mag sich einzeln lassen. Doch die vorher angeführten Gründe zeigen, daß die Konvention sich ändern läßt, daß Unterschiede zwischen peniblen Aufträgen und groben Terminarbeiten gemacht werden können, gleichviel ob Farbensachen, Auto- oder bei Strichätzungen. Was aber die Hauptsache ist, die ganze Konvention muß mehr vom Standpunkte des Kollegen und nicht des Konkurrenten behandelt werden. Dem bittet der Bücherrevisor ein Hindernis. Der erinnert an die Kaffeereicher des Preußenkönigs und an die berühmte Keuschheitskommission. Die Gegner der Konvention im Prinzipalslager mögen sich aber von uns Gehilfen gesagt sein lassen, daß man die Pflicht hat, etwaige Monitas offen und ehrlich vorzubringen und nicht hinten herum bohren darf. Andere Maximen, auch die Fahnenflucht vor der

Konvention, sind feige, sie werden aber vermieden, wenn die Prinzipalsleitung meine Vorschläge beherzigt und ihre im einzelnen etwas renitenten Mitglieder zur Organisation und zur Konvention erzieht. D. G.

Tarifamt für Deutschlands Lichtdrucker.

Die Herren Mitglieder des Tarifausschusses für Deutschlands Lichtdrucker und zugehörige Berufsarten werden hierdurch zur

Tarifausschußsitzung

für Sonnabend, den 13. November 1909, vormittags 10 Uhr nach Berlin, Papierhaus, Dessauerstr. 2 eingeladen.

Tagesordnung:

1. Beratung über die Fortsetzung des Tarifes.
 2. Verschiedenes.
- Anträge zur Tagesordnung sind unverzüglich bis spätestens den 10. November bei der Geschäftsstelle: Leipzig, Deutsches Buchgewerbehaus, Zimmer No. 12, einzureichen.

Leipzig, am 1. November 1909.

Gustav Jährg,
Prinzipalsvorsitzender.

Arno Morche,
Gehilfenvorsitzender.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Lichtdr.). Die am 15. Oktober stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dem in der vorigen Versammlung gestellten und einstimmig angenommenen Antrage, sich in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit am Ort und der ersten Zeiten, denen unser Beruf noch immer entgegengeht, mit dem System freiwilliger Sammelisten vertraut zu machen, deren Ertrag den am Ort beschäftigt gewordenen, arbeitslos gewordenen und ausgesteuerten Kollegen zu Gute kommen soll. Der Vorsitzende legte nochmals in kurzen, lebendigen Worten die Beweggründe des Antrages dar, sowie die trostlose Lage der ausgesteuerten Kollegen, deren Zahl so hoch ist, wie sie unsere Sektion wohl noch nie zu verzeichnen hatte. Er hob hervor, wie notwendig Hilfe erforderlich sei, um die Kollegen im nahenden Winter einigermaßen über Wasser zu halten und zu verhüten, daß sie, ohne ihre Schuld, zu Lohnrückern für die in Arbeit stehenden Kollegen werden. Einige von der Verwaltung aufgestellte Leitsätze wurden angenommen. In der Diskussion kam die volle Sympathie der Mitglieder zum Ausdruck, indem folgende Resolution einstimmig Annahme fand: »Die heute Freitag den 15. Oktober stattfindende Versammlung der Lichtdrucker Leipzigs erklärt sich mit dem System der freiwilligen Sammelisten zur Unterstützung der ausgesteuerten Kollegen einverstanden. Die Anwesenden verpflichten sich, die Zeichnungen in möglichst noch besserer Weise fortzusetzen. Die Versammlung mißbilligt das Verhalten derjenigen Kollegen, die sich bisher an den Zeichnungen nicht beteiligt haben und erwartet, daß jeder Kollege in dieser Beziehung seine Pflicht tut. Als Datum der ersten Unterstützungs-Auszahlung wurde der 23. Oktober festgelegt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisleiter: C. Schubart, Berlin N. 20,
Badstraße 26.

Das Taxieren der Muster.

Mit welchen Mitteln die Unternehmer arbeiten, um möglichst viel Profit aus ihren Arbeitern herauszupressen, ist wohl jedem Kollegen bekannt. Wenn auch scheinbar ganz harmlos, so wirken diese Mittel doch oft geradezu schädlich, was sofort in die Augen fällt, sobald man sie genauer betrachtet. Eins von diesen Mitteln ist wohl unabstreitbar das Taxieren der Muster durch die Gehilfen.

Kommen die Muster herein, geht auch sofort das Jammern vom Zusetzen los, natürlich zu dem Zweck, den Gehilfen, der nun die Muster taxieren soll, zu veranlassen, die Taxe möglichst niedrig zu halten. Wer nun einmal in der Lage war, diese Arbeit zu verrichten, wird zugeben müssen, daß sie keineswegs angenehm ist.

Einesteils muß man dabei alle Kollegen berücksichtigen, zum andern aber auch bedenken, daß man schließlich nicht allein taxiert. Wenn nun ein Kollege 5 Stunden und noch länger Figuren auszählen soll, so ist doch nicht zu umgehen, daß die Taxe nicht immer günstig für den Stecher ausfällt. Der Unternehmer, der immer nur den Profit im Auge hat, wird den Kollegen wohl nur auf die scheinbar zu reichlich taxierten Walzen aufmerksam machen, um noch etwas abzuhandeln. Da nun die Arbeiter gar zu nachgiebige Geschöpfe sind, wird es ihm in vielen Fällen auch gelingen.

So kommen die Muster nun in Arbeit und das Zusetzen nimmt riesige Fortschritte. Denn hat einmal ein Kollege die Zeit überschritten, so wird ihm deutlich gemacht, daß er sich mehr beüben müsse, und man hält ihm die Taxe seiner eigenen Kollegen

vor. Also Akkordarbeit bei Stundenlohn, wobei natürlich der Gehilfe der Geleitete, der Unternehmer der Lachendeist.

Kollegen, wie ist nun diesem Uebel entgegenzutreten? Der Einzelne ist hier machtlos. Ein -Ich taxiere nicht mehr! wird er schwer büßen müssen. Hier muß die Organisation einsetzen. Für den Unternehmer ist es doch ein Unterschied, ob ein Kollege aus eigener Initiative oder gestützt auf die Organisation und in deren Namen die Uebernahme der Taxierung ablehnt. Zu wünschen wäre nun, daß sich jede Filiale mit dieser Frage beschäftigt und den Uebelstand beseitigt. Dann kann der Unternehmer niemandem die Taxe der eigenen Kollegen verhalten, um dadurch die Leistungsfähigkeit der Kollegen ins Ungemessene zu steigern. Denn das ist doch wohl der einzige Grund! S. R.

Aus den Sektionen.

Köln. Ernste Differenzen sind in der Tapetenfabrik Flammersheim & Steinmann in Köln (Tiag-Fabrik) ausgebrochen. Von den Druckern, von denen 22 in unserem Verbands sind, wurde die Ausführung eines größeren Auftrags von Tapeten für die bestreikte Firma Rasch & Co. in Bramsche verlangt. Einmütig wurde von den Kollegen ein solch schmachvolles Ansinnen zurückgewiesen, obschon die Chefs in mehreren Besprechungen alles versucht hatten, die Kollegen umzustimmen. Der Gauleiter wurde nicht empfangen und auch zu den Verhandlungen nicht zugelassen. Die Kollegen, die zum Teil schon 25 Jahre und noch länger bei der Firma beschäftigt sind, legten Sonnabend, den 23. Oktober früh die Arbeit nieder, nachdem Freitag abend die Streikarbeit verteilt worden war. Der Betrieb sollte am 23. Oktober abends geschlossen werden; jedoch wurden neben den jungen Leuten nur ein Teil älterer Arbeiter entlassen, darunter alle organisierten Formstecher. Ein Versuch, einen Teil der Maschinen mit Besetzung von Jungen laufen zu lassen, scheiterte an dem Widerspruch des Druckmeister und des Koloristen, die entschieden eine Beihilfe zu solcher Arbeit ablehnten. Wir bitten nunmehr alle Kollegen, Drucker wie Formstecher, über die Differenzen aufzuklären und auf die ernste Situation hinzuweisen.

Leipzig-Zweinfurth. Seit 5 Wochen tobt der Kampf der Wachstuchdrucker mit der Firma Alexander Schumann und die Kollegen stehen geschlossen, wie am Beginn der Bewegung. Was die Firma nicht für möglich gehalten hätte, ist eingetreten: Keiner der Beteiligten ist umgefallen. Die Position der Streikenden ist deshalb auch sehr günstig. Die Firma bemüht sich indessen krampfhaft, Streikbrecher heranzuziehen und inseriert in ausländischen Zeitungen. Auf diese Weise kam vergangene Woche ein Wachstuchdrucker aus Belgien hier an. Schon glaubte die Firma, einen guten Fang gemacht zu haben. Der Mann sollte als Musterdrucker arbeiten und 29 Mark Lohn bekommen. Die Sache kam aber anders! Noch ehe der Kollege -nützliche Arbeit verrichten konnte, war er der Zuredung gefolgt und seiner Heimat wieder zugefahren. Für uns ist die Sache aber noch insofern interessant, als die Firma 29 Mark Lohn zu zahlen sich anbietet. Uns wurde die Einführung des Zeitlohnes abgeschlagen und die Forderung von 30 Mk. als zu hoch befunden. Dem fremden Manne aber, der sich in den Eigenheiten des Betriebes doch erst nach

längerer Zeit zurecht zu finden weiß, werden 29 Mk. geboten. Die Firma kann also, sie will bloß nicht. Damit ist auch das böswillige Gerede, die Firma würde durch die Forderungen der Wachstuchdrucker ruiniert, ad absurdum geführt. Den Streikenden ist dadurch aber ein neuer Beweis der Gerechtigkeit ihrer Forderungen erbracht. — Inzwischen stellen sich nun die Wirkungen des Streiks im Betriebe ein. Das nicht zur Weiterverarbeitung kommende Material häuft sich so an, daß in der Fabrikation gestoppt werden muß. Schon haben 8 Maschinenleute die Kündigung bekommen und wenn der Streik nicht bald beigelegt werden kann, wird sich die Entlassung weiterer Arbeiter nötig machen. Damit erweist die Firma sich aber den schlechtesten Dienst selbst. Sie klagte uns gegenüber, daß nach der abgelegenen Gegend der Fabrik nur sehr schwer Arbeiter zu bekommen seien. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß durch den hartnäckigen Standpunkt der Firma noch der ganze Betrieb in Mitleidenschaft gezogen wird. Den Herrenstandpunkt vertritt in der Hauptsache ein Prokurist, Herr Neidhardt. Mit dem Besitzer der Firma, Herrn Gräbner, und dem ersten Prokuristen Altstadt, wäre schließlich eine Einigung möglich gewesen. Der Einfluß des Herrn Neidhardt war aber so stark, daß es zum Konflikt kommen mußte. Der Herr Neidhardt fabriziert auch noch Pantographen in einer Fabrik in Wurzen. Er wendet sich an Steindruckere, die ihm bei Absatz seiner Produkte behilflich sein sollen. Die Steindruckere wird es deshalb sicher interessieren, welchen Neigungen dieser Pantographenfabrikant eigentlich huldigt.

Oldesloe. An Stelle des Kollegen Filter, der seinen Posten als Vorsitzender niederlegte, wurde Kollege Höpner gewählt; alle Anfragen und Sendungen sind jetzt an seine Adresse: Langestraße 51 zu richten. Für Schweden wurden 20 Mk. bewilligt, außerdem wurde einstimmig beschlossen, daß jeder Kollege noch eine Kopfsteuer von 50 Pf. wöchentlich für die Dauer des gewaltigen Kampfes zu zahlen hat. Sodann gab Kollege Filter den Bericht vom Gauting in Bremen, wobei er besonders die Verhandlungen über den Staffelbeitrag und die jetzigen Zustände in der Branche eingehend schilderte. In der Diskussion wurde betont, daß ein Staffelbeitrag für die schlechtentlohnnten Kollegen eingeführt werden müsse, wenn etwas ersprießliches für die Drucker geschaffen werden solle. Auch die jetzt in unserer Branche tobenden Kämpfe fanden ihre Würdigung; den kämpfenden Kollegen wurde volle Sympathie entgegengebracht.

Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Stimmzahl der einzelnen Parteien bei der letzten Wahl und Stärke der Fraktionen. Biographische Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die bürgerlichen Parteien Deutschlands. — Aus den sozialdemokratischen Commissions. — Preissteigerung und Arbeitslohn. Was die Berufszählung lehrt. Sozialdemokratische und Gewerkschaftspressen. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeiter-Sekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Adressen der deutschen sozialdemokratischen Vereine im Auslande. — Die deutschen Gewerbeinspektoren. — Kalendarium und Geschichtskalendar. — Portotaxe. — Vielseitiges Adressenmaterial. — Außerdem enthält der Kalender ein Belporträt sowie die Porträts der in den Nachwahlen gewählten Genossen Binder, Huber und Schöpflin. — Der Preis des Kalenders ist auf 50 Pf. herabgesetzt, womit der Verlag einem oft geäußerten Wunsch entspricht.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Heft 42 und 43. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis pro Heft 10 Pf., Vierteljahrespreis 1,20 Mk.

Arbeiter-Jugend. No. 19, 1909. Verlag: Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.

Die neue Nummer dieses empfehlenswerten Jugendorgans enthält folgendes: Die politischen Parteien. — Eine Jugendorganisation vor einem halben Menschenalter. — Der Herr der Welt. Von G. Eckstein. — Im Zeitalter der Elektrizität. Von Rich. Woldt. — Die Leipziger Jugendschriften-Ausstellung. — Das Kesseltreiben gegen die Arbeiter-Turnvereine. — Ein neuer Anschlag gegen die Jugendvereine. — Aus der deutschen Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz usw. Beilage: Hans Jörg. Gedicht von Ernst Preczang. — Die Spitzin. Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach. — Von der Kunst des Zuhörens. Von Hulda Maurenbrecher. — Mein Onkel Sönke. Von Kersten Blunk. — Die beiden Geizhälse. Gedicht von Heinrich Seidel.

Neuland des Wissens. Halbmonatsschrift für Natur- und Geistesleben. Herausgegeben von M. H. Baege und E. W. Trojan. Redaktion M. H. Baege, Wilhelmshagen-Berlin. Verlagsanstalt Teichmann & Co., Leipzig. 1. Jahrg., No. 1. Preis 1,25 Mk. vierteljährlich. Einzelheft 25 Pf.

Die neue Zeitschrift führt sich durch eine Reihe populärwissenschaftlicher Artikel gut ein. Wir erwähnen aus dem Inhalt: Der Mond und die Entstehung der Planetenmonde von Felix Linke. Die Blutsverwandtschaft zwischen Mensch und Affe von Dr. Max Seber. Die verschiedenen Größenverhältnisse der Menschen und ihre Ursachen von Dr. Georg Buschan. Grundlagen der Religion von Heinrich Tannenberg. Wir können die Zeitschrift zum Abonnement empfehlen.

Neuland des Wissens. Halbmonatsschrift für Natur und Geistesleben. Herausgegeben von M. H. Baege und E. W. Trojan. Redaktion M. H. Baege, Wilhelmshagen-Berlin. Verlag: Teichmann & Co., Leipzig, Bayrische Straße 4. 1. Jahrgang, No. 2.

Feuilleton.

Eingänge.

Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1910. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S. W. 68, Lindenstr. 69. 208 Seiten 16°. Preis geb. 50 Pf. Dieser allgemein beliebte Taschenkalender ist zur Ausgabe gelangt. Jahr für Jahr erwirbt sich der Arbeiter-Notizkalender neue Freunde, was bei der Reichhaltigkeit des Inhalts auch nur selbstverständlich erscheint; auch diesmal ist mit einer guten Aufnahme in den Kreisen der Parteigenossen zu rechnen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die

Stellenangebote

Wir suchen sofort tüchtige, in Maschinen-Retusche erfahrene

Positiv-Retuscheure

in dauernde angenehme Stellung. Off. mit Muster und Gehaltsansprüchen an Brendamour, Simhart & Co., 2,40 Düsseldorf-Oberkassel.

Ein tüchtig. Zeichner

wird gesucht durch den Arbeitsnachweis d. Formstecher und Drucker. C. Schubart, Berlin N. 20, Badstr. 26.

Pos. Retuscheur

für erstklassige Maschinenretusche per sofort gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten. Zerreib & Co., Graph. Kunstanstalt, Nürnberg. [2,10]

Flotter Zeichner,

der im Entwurf moderner Inserate und figürlicher Zeichnungen Hervorragendes leistet, auch in der Positiv-Retusche erfahren ist, sowie tüchtige

Maschinenretuscheure,

gesucht. J. G. Huch & Co., G. m. b. H., 3,60 Braunschweig.

Junger tüchtiger Nachschneider

zum sofortigen Eintritt gesucht. Gerstenlauer & Reischer, 2,10 Stuttgart, Paulinenstr. 3.

Tüchtiger jüngerer Repr.-Photograph

für Naß-, Emulsion- und Halbtönen aufnahmen für sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften unter Angabe des Gehaltsanspruches erb. von Krey & Sommerlad, 2,70 Niedersiedlitz-Dresden.

Tüchtiger Drei- und Vierfarben-Drucker

per sofort gesucht. Es wird nur auf allererste Kraft reflektiert. Geff. Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an Gustav Dreher, Stuttgart, 2,40 Württemb. Graphische Kunstanstalt.

Pa. Auto-Positiv-Retuscheur

für Maschinen und feine Arbeiten. Nur tüchtige Kräfte wollen sich unter Angabe von Gehaltsansprüchen und Alter melden bei Knackstedt & Näther, G. m. b. H., 2,70 Hamburg.

Chiffre-Inserate

finden auch unter der Rubrik Stellen-gesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Porträts Rohvergrößerungen a. Zeichenpapier.

Papiergr. 35x45 cm 1,30 M., aufgez. 1,50 M. 40x50 cm 1,50 " " 1,75 " 50x60 cm 2,25 " " 2,60 " Passepartouts in allen Größen vorrätig. Paul Phebel, Frankfurt a. O., 1,50 Bergstraße 54.

Bettwässen!

Befreiung garantiert sofort. Auskunft umsonst. Alter, Geschlecht angeben! Institut „Sanitas“, Velburg [240] (Bay).

Neueste Erfindung. — Konkurrenzlos.

Decklagenschoner „PARSIMAT“. D. R. P. No. 207816, verhindert an lithographischen Schnellpressen das Durchschlagen und Zerreißen der Decklagen durch die Steinkante.

Radikal Tonschutzmittel „TEWENSO“.

„Tewenso“ für Zink. Preis per Kilo Mk. 5,—. „Tewenso“ für Stein. Preis per Kilo Mk. 4,—. „Tewenso“ verhindert das Ansetzen und Tönen der Platten und macht jegliches Nachätzen unnötig. 16,90

Radikal Druckpasta „BERWEGAL“.

„Berwegal“ ist ein unübertroffenes Farbenzusatzmittel zum Geschmeidigmachen der Farbe. „Berwegal“ verhindert jegliches Rypfen, erhält der Farbe ihre volle Kraft, verhindert das Absetzen auf der Rückseite, hält die Farbe auf den Walzen geschmeidig und trocknet schnell auf dem Papier. Preis per Kilo Mk. 4,—.

Auswaschtinktur „GRAPHINE“.

Preis per Kilo Mk. 4,—. Bestes bewährtes Präparat für Merkantil- und Chromo-Umdrucke. Zu beziehen durch: Wandsbeker Farbwerke Wandsbek-Hamburg, Feldstraße No. 81.

Prima Spezial-Kopier-Farbe

für Auto und Strich gibt kupferbraune Schicht, Durchtönen vollständig ausgeschlossen. Fortwährende Nachbestellung beweisen die Güte der Farbe. 1/4 kg 3,—, 1 kg 6,—.

Locher & Kurz, Graph. Anstalt, Stuttgart, Bismarckstr. 55 a.

Formstecherwerkzeuge

liefert am billigsten Josef Schmid, Werkzeugschlosserei für Formstecher 2,10 in Böhm. Aicha i. B.